



Amtsberichte
der kantonalen Gerichte
über das Jahr 2010

Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2010

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Kassationsgericht
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	3
1. Personelles	4
2. Geschäftslast	6
3. Justizreform	12
4. Justizverwaltung	15
5. Anwaltspatente	16
6. Rechtsagentenpatente	16
 Anhang: Statistik	 17
I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	17
II. Kreisgerichte	31
1. Übersichten	32
2. Zivilsachen	34
3. Strafsachen	40
4. Verschiedenes	42
5. Weiterzüge	42
III. Vermittlerämter	43
IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht	45
V. Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse	46
VI. Schlichtungsstellen für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz	47
 Kassationsgericht	 48
 Verwaltungsgericht	 50
1. Verwaltungsgericht	50
2. Versicherungsgericht	57
3. Verwaltungsrekurskommission	61

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die Amtsführung im Jahr 2010.

St.Gallen, im Februar 2011

Im Namen des Kantonsgerichtes,
Der Präsident:
lic.iur. Rolf Brunner

Der Generalsekretär:
Fürsprecher Michael Balmelli

Im Namen des Handelsgerichtes,
Der Präsident:
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Leuenberger

Im Namen der Anklagekammer,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

1. Personelles

a) Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Auf Ende März trat Kantonsrichter Martin Baumann von seinen Ämtern als Präsident des Kantonsgerichts und als Kantonsrichter zurück. Er war seit 1983 in der st.gallischen Justiz tätig, zunächst als Präsident der damaligen Bezirksgerichte Obertoggenburg und Neutoggenburg, seit 1987 als Kantonsrichter. Innerhalb des Kantonsgerichts wirkte Martin Baumann vor allem in der Strafkammer und in der Familienrechtskammer. In der Strafkammer verfolgte er stets eine klare Linie, die für alle Verfahrensbeteiligten die nötige Rechtssicherheit schuf. Im Familienrecht trug sein Verhandlungsgeschick dazu bei, dass oft einvernehmliche und praktikable Lösungen gefunden werden konnten. In den Jahren 2001 bis 2003 präsidierte er das Kantonsgericht.

Ebenfalls auf Ende März schied Kantonsrichter Dr. h.c. Rolf Vetterli aus dem Amt. Rolf Vetterli wurde 1987 ans Kantonsgericht gewählt. Zunächst war er im Obligationenrecht tätig, bevor er Vizepräsident der Strafkammer und später Präsident der Familienrechtskammer wurde. Er setzte sich dafür ein, dass das Familienrecht eine eigene Kammer erhielt. Die von ihm institutionalisierte Aus- und Weiterbildung der Familienrichterinnen und Familienrichter bildete in der Folge einen wichtigen Teil seiner Tätigkeit. In den Jahren 1999 bis 2001 präsidierte Rolf Vetterli das Kantonsgericht. Die wissenschaftliche und interdisziplinäre Begleitung der Entwicklung des Familienrechts würdigte die Universität St.Gallen mit einem Ehrendokortitel.

Auf Ende des Jahres trat Kantonsrichter Werner Grübel von seinem Amt zurück. Er stand seit 1971 im Dienst der st.gallischen Justiz. Im Jahr 1975 wurde er zum Präsidenten des damaligen Bezirksgerichts Unterrheintal gewählt. Nach seiner Wahl ans Kantonsgericht im Jahr 1985 widmete er sich vor allem dem Strafrecht, war aber als Mitglied der I. Zivilkammer auch für Erb- und Sachenrecht zuständig. Als Einzelrichter behandelte er Rekurse aus dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. Von 1995 bis 1997 präsidierte er das Kantonsgericht. In den rund 25 Jahren am Kantonsgericht zeichnete sich Werner Grübel durch seine speditive und pragmatische Art aus. Für ihren verdienstvollen Einsatz für die Justiz gebührt den Zurückgetretenen Dank und Wertschätzung.

Zum Nachfolger von Kantonsrichter Dr. h.c. Rolf Vetterli wurde Dr. Dominik Scherrer, langjähriger Präsident des Bezirksgerichts Rorschach und danach des Kreisgerichts Rorschach gewählt. Er trat sein Amt am 1. August 2010 an. Als Nachfolger für Kantonsrichter Martin Baumann wurde Patrick Guidon gewählt, der zuvor als stv. Generalsekretär am Bundesstrafgericht und als Ersatzrichter am Kantonsgericht tätig war. Er trat sein Amt am 1. September 2010 an. Als Nachfolger für Kantonsrichter Werner Grübel wurde sodann Dr. Christian Schöbi, langjähriger Präsident des Bezirksgerichts Oberrheintal und Kreisrichter des Kreisgerichts Rheintal gewählt (Amtsantritt am Kantonsgericht per 1. Januar 2011).

Zum Präsidenten des Kantonsgerichts wählte der Kantonsrat für die Zeit ab 1. April 2010 Kantonsrichter Rolf Brunner. Im Berichtsjahr ist Franciska Hildebrand Müller als Ersatzrichterin zurückgetreten. Neu gewählt wurden als Ersatzrichterin Dr. Caroline Kirchschräger und als Ersatzrichter Benedikt Landolt. Im Oktober zum Kantonsgericht gestossen ist Martin Bauer als Stellvertreter des Generalsekretärs. Er war vorher als Stellvertreter des Amtsleiters des Handelsregisteramtes tätig.

b) Kreisgerichte

Edi Schnellmann, langjähriger Präsident des Bezirksgerichts Alt Toggenburg und des Kreisgerichts Wil-Alt Toggenburg, zuletzt Kreisrichter am Kreisgericht Toggenburg, trat per Ende Februar 2010 von seinem Richteramt zurück. Seine Nachfolge trat Bruno Räbsamen an, der zuvor als Anwalt tätig war. Am Kreisgericht Rorschach übernahm Andreas Hildebrand das Amt des Präsidenten. Am gleichen Gericht wurde Ruth Belz, langjährige Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht, zur Kreisrichterin gewählt.

2. Geschäftslast

a) Allgemeines

Verschiedene unter Leitung des Kantonsgerichts entwickelte Arbeitsinstrumente erlauben eine differenzierte und damit aussagekräftige Beurteilung der Geschäftslast der st.gallischen Justiz. Die statistischen Angaben erfolgen daher auf der Grundlage der in den letzten Amtsberichten gemachten Ausführungen.

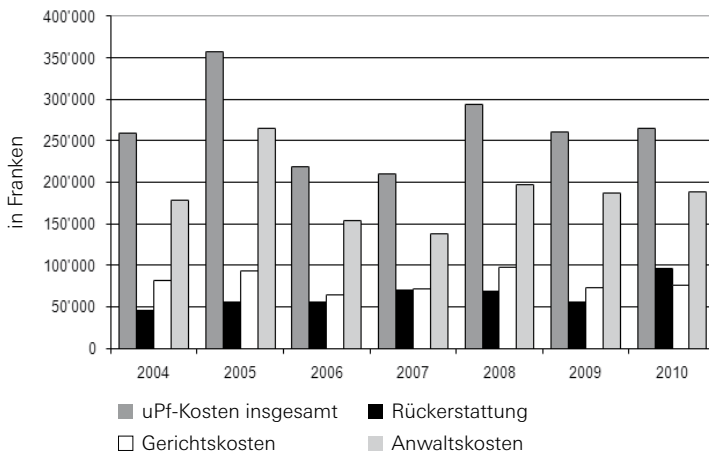
b) Geschäftslast Kantonsgesicht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Die Gesamtzahl der Neueingänge ist um 234 auf 2047 Fälle gestiegen (2009: 1813). Nachdem die Eingänge in den Jahren 2005 bis 2007 rückläufig waren, nahmen die Fallzahlen im Verhältnis zu 2007 um rund 30 Prozent zu, was sich auf die Pendenzen auswirkte (578; 2009: 516). Diese nahmen im Verhältnis zu 2007 um rund 50 Prozent zu. Haben die Berufungen in Zivilsachen im Vorjahr zugenommen, sind diese wieder auf den Stand der Jahre 2007 und 2008 zurückgegangen. Die Klagen beim Handelsgericht sind rund 10 Prozent zurückgegangen (77; 2009: 86). Gegenüber dem Jahr 2007 (47; 2008: 66) ergibt sich jedoch immer noch eine Zunahme der Klagen um rund 60 Prozent. Markant gestiegen sind auch die Präsidialfälle beim Handelsgericht (436; 2009: 192), was immer noch mit Art. 731b OR zusammenhängt, wonach der Richter eine Gesellschaft bei Mängeln in der Organisation (z.B. fehlender Verwaltungsrat, fehlende Revisionsstelle) nicht nur auflösen, sondern auch ihre Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anordnen kann. Diese neue Kompetenz hat beim Handelsgericht wie schon in den Vorjahren zu einem erneut starken Anstieg der Summarverfahren geführt. Jedoch auch die übrigen Summarverfahren nahmen markant zu (74; 2009: 40). Die Fallzahlen bei der I. Zivilkammer gingen zurück (7; 2009: 20). Bei der II. Zivilkammer nahmen die Kammerfälle um knapp 45 Prozent zu (56) (2007: 41; 2008: 46; 2009: 39). Die Präsidialfälle nahmen hingegen leicht ab. Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung (114) nahmen leicht zu; im Vergleich zum Jahr 2007 (78) entspricht dies jedoch einem Anstieg von rund 45 Prozent. Bei der III. Zivilkammer entspricht die Abnahme der Fälle des Kollegialgerichts mit 57 Eingängen einer Abnahme um nicht ganz 40 Prozent (gegenüber 2009 mit 91 Eingängen) bzw. entsprach wieder den Eingängen im Jahr 2008. Dagegen sind die Präsidialfälle (79) nur leicht zurückgegangen (2009: 85; 2008: 104; 2007: 119). In der Strafkammer erhöhten sich die Eingänge (161 Kollegialfälle/54 Präsidialfälle) im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um rund 30 Prozent (2009: 128/38; 2008: 148/67; 2007: 155/58) und erreichten wieder das Niveau der Jahre 2007 und 2008. Ein erheblicher Aufwand entfällt dabei auf die Bearbeitung grosser und komplexer Wirtschaftsdelikte, mit denen sich die Strafkammer als Folge des entsprechenden Ausbaus der

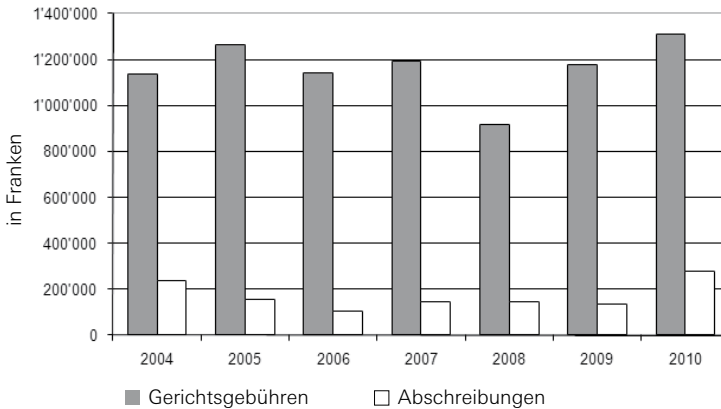
Staatsanwaltschaft zunehmend zu beschäftigen hat. Abgenommen haben die Eingänge (33) im Vergleich zum Vorjahr bzw. diese haben sich wieder den Zahlen der früheren Jahre angeglichen (2009: 48; 2008: 30; 2007: 27) bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister. Die Falleingänge beim Einzelrichter für Rekurse ZGB (21; 2009: 16) und dem Einzelrichter für Rekurse OR (33; 2009: 29) haben zugenommen, ebenso die Fälle beim Einzelrichter für Rekurse SchKG (80; 2009: 72). Die Rekurse in Familiensachen sind mit 94 Eingängen gegenüber dem Vorjahr (102) leicht zurückgegangen. In etwa gleich geblieben sind die Falleingänge bei der Anklagekammer (381; 2009: 393; 2008: 372; 2007: 331); die technischen Überwachungsmaßnahmen (140; 2009: 131) haben erneut zugenommen. Bei der Anwaltskammer sind die Eingänge (31) gegenüber dem Vorjahr (29) in etwa gleich geblieben. Neben den Entscheiden und verfahrensleitenden Verfügungen, welche in der Fallstatistik erfasst werden, gibt es eine Vielzahl kleinerer Verfügungen (Sistierungen, etc.), die nicht als Fälle erfasst und ausgewiesen werden.

Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung nahmen im Vergleich zum Vorjahr leicht zu (153; 2009: 147). Rund 75 Prozent der Gesuche (114) betreffen Verfahren in Familiensachen. Die Abrechnung der insgesamt bewilligten Gesuche ergibt im Vergleich zum Vorjahr leicht höhere Kosten. Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wird eine angemessene Rückerstattung sichergestellt.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das SJD abgerechnet)



Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2010 (GVP) verwiesen.

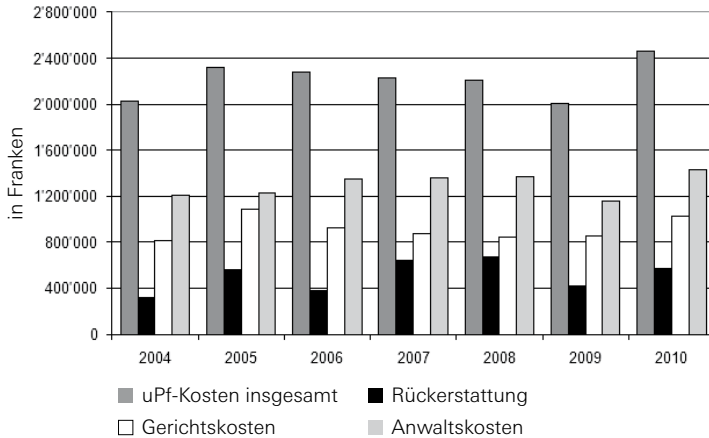
c) Geschäftslast Kreisgerichte

Im Rahmen der Justizreform wurden die bisherigen acht Kreisgerichte in sieben überführt. Die Geschäftslast der Gesamtheit der neuen Kreisgerichte bleibt damit weiterhin vergleichbar mit den Gesamtergebnissen früherer Jahre. Hingegen sind die Zahlen der einzelnen Kreisgerichte aufgrund der veränderten Gebietseinteilung (mit zwei Ausnahmen: Kreisgerichte See-Gaster, Werdenberg-Sarganserland) nicht mehr ohne weiteres mit denjenigen aus früheren Jahren vergleichbar.

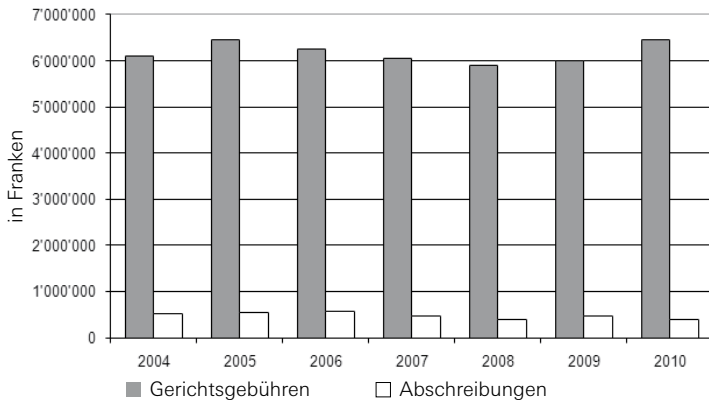
Die Gesamtzahl der neu eingegangenen Fälle hat gegenüber dem Vorjahr um rund 5 Prozent abgenommen (12362; 2009: 12993). Der Rückgang erfolgte relativ betrachtet in etwa gleichem Masse bei den Kollegialgerichtsfällen (932; 2009: 1040) und bei den Einzelrichterfällen (10203; 2009: 10615), je ohne Ehescheidungen/-trennungen. Letztere haben mit 1227 Falleingängen im Vergleich zum Vorjahr (1338) um rund 10 Prozent abgenommen. Die Zahl der Kollegialfälle in Zivilsachen (ohne Ehescheidungen/-trennungen) ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen (613 gegenüber 658). Die Kollegialfälle in Strafsachen haben im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr zugenommen (319 gegenüber 270). Auch die Einzelrichterfälle in Strafsachen haben im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr zugenommen (331 gegenüber 277). Insgesamt haben die Fälle in Strafsachen um rund 19 Prozent zugenommen. Die Haftrichterfälle haben hingegen um rund 17 Prozent abgenommen (von 487 auf 404).

Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung haben mit 1508 (2009: 1405) wiederum zugenommen. Wie beim Kantonsgericht sind auch hier die (erfolgreichen) Bemühungen um die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Prozessführung festzuhalten.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das SJD abgerechnet)



Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



Die Abschreibungen nicht erhältlicher Gerichtsgebühren haben sich gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert.

d) Geschäftslast Schlichtungsbehörden

Die Schlichtungsstellen für arbeitsrechtliche Streitigkeiten erzielten bei rund der Hälfte der 554 zu behandelnden Fällen eine Einigung (275 Fälle). Die Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse erzielten bei rund einem Drittel der 1401 zu behandelnden Fällen eine Einigung (507 Fälle). Die Gesamtzahl der Falleingänge bei den Vermittlern (2622) liegt auf dem Niveau des Vorjahres (2648). In 831 Fällen konnte im Berichtsjahr (2009: 814) ein Vergleich bzw. ein Klagerückzug oder eine Klageanerkennung anlässlich des Vermittlungsvorstandes erwirkt werden.

e) Verfahrensdauern

Nachstehend werden die Verfahrensdauern, beschränkt auf die gewichtigeren Verfahren des Kantonsgerichts und der Kreisgerichte, dargestellt (zur allgemeinen Erläuterung siehe Amtsbericht 2006, S. 10 ff.).

aa) Kantonsgericht

Mehr als 40 Prozent aller Verfahren konnten innert sechs Monaten erledigt werden. Mehr als zwei Drittel der Fälle wurden innert eines Jahres erledigt.

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Nur grössere Verfahren						
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Kammer)	33	20	9	6	5	7
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Präsident)	–	–	–	–	–	1
Berufungen Zivilrecht II. ZK (Zuständigkeit Kammer)	39	9	1	4	2	1
Eheschutz II. ZK (Zuständigkeit Einzelrichter)	40	–	1	3	–	–
Prozesse Handelsgericht (Zuständigkeit Gericht)	10	16	10	8	6	14
Vorsorgliche Massnahmen Handels- gericht (Zuständigkeit Präsident)	16	–	–	–	–	–
Berufungen Strafrecht SK (Zuständigkeit Kammer)	26	22	27	22	13	18
In Prozenten	42%	17%	12%	11%	7%	11%

bb) Kreisgerichte

Fast zwei Drittel aller Fälle konnten innert sechs Monaten und 87 Prozent innert eines Jahres erledigt werden.

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Nur grössere Verfahren						
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgericht)	226	105	75	51	42	84
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Einzelrichter [im einfachen Verfahren])	356	71	39	18	8	11
Ehescheidungen/-trennungen (Zuständigkeit Gericht/Fam'Richter) .	906	207	104	55	47	94
Eheschutz (Zuständigkeit Einzelrichter)	535	44	16	7	4	12
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Gericht)	136	94	32	12	6	22
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Einzelrichter)	183	55	26	12	8	10
In Prozenten	63%	16%	8%	4%	3%	6%

3. Justizreform

Eine weitere Reform: Die neuen Schweizerischen Prozessordnungen

a) Allgemeines

Die Justiz sieht sich in den letzten Jahren immer wieder Reformen ausgesetzt. Nimmt man die letzte Entwicklung in der Zivil- und Strafjustiz, so geht der Blick ins Jahr 2003 zurück, als die Bezirksgerichte abgeschafft und zu Kreisgerichten zusammengefasst wurden. Im Jahr 2009 stand – gewissermassen als Fortführung dieser vorgehenden Bestrebungen – die Anpassung der Gerichtskreise an die Wahlkreise an. Kaum ist die weitreichende Reform des Jahres 2009 bewältigt, steht auf den Beginn des Jahres 2011 eine weitere Neuerung an. Sowohl die Schweizerische Strafprozessordnung wie auch die Schweizerische Zivilprozessordnung traten am 1. Januar 2011 in Kraft. Das Berichtsjahr stand denn auch ganz im Zeichen der Vorbereitungsarbeiten zu deren Einführung.

Die Schweizerischen Prozessordnungen lösten im Bereich der Weiterbildung wie auch in prozessualer, organisatorischer und technischer Hinsicht einen beträchtlichen Handlungsbedarf aus. Für eine zeitgerechte Umsetzung erstellte das Kantonsgericht eine Projektorganisation und setzte Arbeitsgruppen aus Vertretern des Kantonsgerichts und der Kreisgerichte ein.

b) Weiterbildung

Die Weiterbildung erfolgte hauptsächlich durch Persönlichkeiten aus dem Kanton, um damit für die st.gallischen Verhältnisse massgeschneiderte Veranstaltungen anbieten zu können. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist das in dieser Form erstmalige Zusammengehen zwischen dem Kantonsgericht und dem St.Gallischen Anwaltsverband. Die Idee, gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen durchzuführen, stiess auf beiden Seiten auf ein positives Echo. So haben beispielsweise an einer Weiterbildungsveranstaltung zur Zivilprozessordnung rund 300 Vertreter der Gerichte und der Anwaltschaft teilgenommen. Ein solches geschlossenes Auftreten dient dazu, die Stellung der Justiz insgesamt zu stärken und sinnvolle Synergien zu schaffen.

c) Gesetzgebung/Weisungen und Richtlinien

Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Schweizerischen Prozessordnungen wurde eine Anpassung verschiedener kantonaler Erlasse erforderlich. In der Erlasskompetenz der Gerichte wurde die Gerichtsordnung überarbeitet, eine neue Gerichtskostenverordnung geschaffen (anstelle des bisherigen Gerichtskostentarifs) sowie die Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten bereinigt. Neu erlassen wurde die Verordnung über das Zwangsmassnahmengericht, in der die Ausgestaltung der Organisation der Zwangs-

massnahmengerichte geregelt wurde. Als Ausführungsregelung zum im Anwaltsgesetz vorgesehenen Register der Notare wurde ein Reglement erlassen. Weiter wurden verschiedene Weisungen und Richtlinien erarbeitet bzw. bestehende Regelungen angepasst (Weisung betreffend Aktenführung und Aktenordnung, Weisung zum Verfahren und zum Entscheid im Zivilprozess, Richtlinien zu den Fristen und zur Feststellung des Ausbleibens an der Verhandlung sowie zur Protokollierung im Zivil- und Strafprozess sowie Richtlinien zur unentgeltlichen Rechtspflege im Zivilprozess und für die Privatklägerschaft im Strafprozess).

d) Weitere Bereiche

Zwangsmassnahmengericht:

Die Schweizerische Strafprozessordnung schreibt die Schaffung eines Zwangsmassnahmengerichts vor, das für die Anordnung der Untersuchungs- und Sicherheitshaft und für die Anordnung oder Genehmigung weiterer Zwangsmassnahmen zuständig ist. Geschaffen wurden vier regionale Zwangsmassnahmengerichte (Hafttrichter für die Anordnung der Untersuchungs- und der Sicherheitshaft) und ein kantonales Zwangsmassnahmengericht (Kreisgericht Toggenburg; für die Anordnung oder Genehmigung weiterer Zwangsmassnahmen).

Neue Zuständigkeiten Anklagekammer:

Die Schweizerische Strafprozessordnung eröffnet zusätzliche Beschwerdemöglichkeiten an die Anklagekammer. Während es früher einen abgeschlossenen Katalog gab, können neu Beschwerden gegen alle Verfahrenshandlungen der Untersuchungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaft) erhoben werden. Die Auswirkungen auf die Fallentwicklung und die Belastung der Anklagekammer werden mit Aufmerksamkeit verfolgt werden müssen.

Verfahrensdokumente:

Ein breites Angebot an standardisierten Verfahrensdokumenten erleichtert den Gerichten inhaltlich und technisch die Verfahrensführung. Das Kantonsgericht und die Kreisgerichte mussten im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Prozessordnungen auf den 1. Januar 2011 einen beträchtlichen Aufwand leisten, um eine Vielzahl an Vorlagen inhaltlich anzupassen und in der informatikgestützten Geschäftsverwaltung zu konfigurieren sowie einzubinden.

Elektronischer Rechtsverkehr:

Die Schweizerische Zivilprozessordnung, die Schweizerische Strafprozessordnung und das geänderte Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs schreiben vor, dass Parteien Eingaben bei Gerichten oder Behörden in elektronischer Form einreichen können. Damit die bundesrechtlichen Vorgaben zeitgerecht umgesetzt werden konnten, mussten umfangreiche technische und organisatorische Vorarbeiten geleistet werden. Betroffen sind die Gerichte der Zivil- und Strafrichtbarkeit sowie die Schlichtungsstellen und Vermittlungs-

ämter. Die technischen Voraussetzungen für den elektronischen Rechtsverkehr (Anpassung der Website, Erstellung der Kontaktformulare, Einrichtung der Postfächer für die elektronischen Eingaben, etc.) wurden auf Jahresende fristgerecht realisiert. Der elektronische Rechtsverkehr umfasst im Kanton St.Gallen (vorerst) nur den Empfang von Eingaben, nicht aber die Zustellung durch die Behörden.

Handbuch für Schlichtungsbehörden:

Aufgrund der per 1. Januar 2011 in Kraft tretenden neuen Schweizerischen Zivilprozessordnung überarbeitete das Kantonsgericht das bisherige «Handbuch für das Vermittlungsverfahren» umfassend. Das Handbuch richtet sich neu neben den Vermittlungsämtern auch an die Schlichtungsstellen. Damit wurde den Schlichtungsbehörden ein praxisbezogenes Arbeitsinstrument zur Verfügung gestellt.

e) Ausblick

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die neuen Prozessordnungen bei den Zivil- und Strafgerichten zu einer dauernden Mehrbelastung führen (Ausbau Unmittelbarkeitsprinzip, strengere Protokollierungsvorschriften, Ausbau der Beschwerdemöglichkeiten), die allenfalls nur mit zusätzlichem Personal zu bewältigen ist. Der Blick in andere Kantone zeigt, dass im Zusammenhang der neuen Schweizerischen Prozessordnungen zum Teil massiv neue Stellen geschaffen wurden. Im Kanton St.Gallen wird allerdings bewusst die erste Entwicklung abgewartet, um allenfalls später notwendige Entscheidungen auf der Grundlage gesicherter Erfahrungswerte treffen zu können.

4. Justizverwaltung

Neben den erwähnten Umsetzungsarbeiten war das Kantonsgericht mit den üblichen eigenen Geschäften und mit seiner Aufsichtstätigkeit der unterstellten Einheiten befasst. Im letzten Amtsbericht wurde auf die Raumsituation des Kantonsgerichts hingewiesen. Dank den Bemühungen des Hochbauamtes konnte zwischenzeitlich eine provisorische Lösung gefunden werden, indem ein Teil des Generalsekretariates räumlich ausgegliedert wurde (zusätzliche Büroräumlichkeiten Neugasse). Für einen Ausbau des Gerichtshauses des Kreisgerichts St.Gallen (zusätzliche Büroräume) wurden im Voranschlag 2010 Mittel beantragt, im Verlaufe des Budgetierung-Verfahrens jedoch wieder gestrichen. Im Berichtsjahr konnte nun ein Teilbetrag für eine erste Etappe erwirkt werden (Miete und Instandsetzung zusätzlicher Büroräume, Empfangsloge mit Wartezimmer, Realisierung 2011). Das Kantonsgericht beschloss zur Bewältigung der im Zusammenhang der Justizreform 2009 entstandenen Geschäftslast des Kreisgerichts Wil anfänglich verschiedene kurzfristige Massnahmen (Aufstockung Arbeitspensen einzelner Kreisrichter). Diese Massnahmen wurden in Beobachtung der Situation etappenweise ergriffen. Im Verlauf des Berichtsjahres wurden diese Massnahmen mittelfristig teilweise durch einen gerichtskreisübergreifenden Belastungsausgleich abgelöst. Gestützt auf Art. 6 Abs. 3 GerG setzte das Kantonsgericht verschiedene Richter und Richterinnen der Kreisgerichte St.Gallen und Toggenburg vorerst befristet auf ein Jahr als Stellvertretungen im Gerichtskreis Wil ein. Ferner nahm das Kantonsgericht zu verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Vernehmlassungen Stellung.

5. Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 51 Bewerberinnen und Bewerber:

lic. iur. Antonela Agatonovic	MLaw Laura Mazzariello
MLaw Franziska Ammann	M.A. HSG in Law Lukas Oberholzer
lic. iur. Raphael Arnold	lic. iur. Urs Pfister
M.A. HSG in Law Jérôme Baumann	lic. iur. Andrea Popovici
lic. iur. Iris Brandenberger	lic. iur. Stephan Raas
lic. iur. Simone Brandenberger	lic. iur. Nadine Roth
MLaw Rahel Burch	lic. iur. Saila Ruibal
MLaw Stephan Ebnetter	M.A. HSG in Law Fabio Segat
lic. iur. Nathalie Enzler-Hedinger	MLaw Dominik Sennhauser
MLaw Bettina Erhard	MLaw Marco Seydel
MLaw Sarina Forlin	M.A. HSG in Law Stephanie Sgarlata Lattmann
MLaw Beatrice Friedrich	lic. iur. Eric Sibbern
MLaw Hubert Gmünder	lic. iur. et oec. Andreas Sidler
lic. iur. Cesar Grande	lic. iur. Darko Stefanoski
lic. iur. Eva-Maria Greiner	lic. iur. Philip Steinmann
MLaw Corine Hämmerli	MLaw Jonas Steppacher
MLaw Silja-Lea Häuptle	lic. iur. Bettina Surber
M.A. HSG in Law and Economics Patrick Heiniger	Dr. oec. et lic. iur. Marc Schäfer
MLaw Claudia Hendry	MLaw Lilian Scherrer
lic. iur. Nicole Herzog	lic. iur. Franziska Schluchter
lic. iur. Manfred John	lic. iur. Franziska Schmid
lic. iur. Benjamin Kohle	lic. iur. Martina Wagner-Rüst
lic. iur. Patrick König	MLaw Denise Wüst
MLaw Rebekka Krebs	MLaw Martina Wüst
MLaw Clemens Kühne	lic. iur. Orlando Zegg
MLaw Remo Märk	

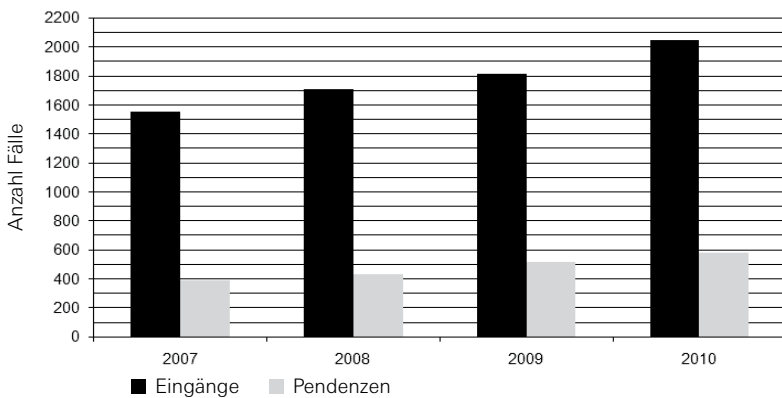
6. Rechtsagentenpatente

Im Jahr 2010 fanden weder Prüfungen statt, noch wurden Rechtsagentenpatente erteilt.

I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Gesamtübersicht²

	Eingänge in den Vorjahren				Eingänge 2010	Insgesamt	Erledigt 2010	Pendent Ende 2010
	2007	2008	2009	Übertrag 2009				
I. Zivilkammer	17	21	20	12	7	19	12	7
II. Zivilkammer	174	193	214	48	219	267	190	77
III. Zivilkammer	175	161	176	81	136	217	156	61
Strafkammer	213	215	166	117	215	332	191	141
Handelsgericht	105	185	278	139	513	652	480	172
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg.	27	30	48	9	33	42	39	3
Anklagekammer	331	372	393	53	381	434	385	49
Anwaltskammer	32	23	29	5	31	36	24	12
Einzelrichter für Rekurse:								
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	26	24	16	5	21	26	24	2
– in Familiensachen	67	81	102	18	94	112	79	33
– im Obligationenrecht	45	41	29	2	33	35	33	2
– im SchKG-Verfahren	67	63	72	13	80	93	86	7
Einzelrichter R'hilfe u. Schiedsgericht	222	253	231	13	241	254	246	8
Kantonsgerichtspräsident	51	49	39	1	43	44	40	4
	1552	1711	1813	516	2047	2563	1985	578



1 Siehe Erläuterungen im Amtsbericht Ziff. 2 lit. a

2 Ohne administrative und aufsichtsrechtliche Tätigkeiten (s. Anwaltskammer); gilt auch betreffend die Vorjahre.

Pendente Fälle

	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2007 oder früher	2008	2009	2010
I. Zivilkammer	7	–	1	1	5
II. Zivilkammer	77	–	–	2	75
III. Zivilkammer	61	2	2	16	41
Strafkammer	141	–	3	21	117
Handelsgericht	172	5	6	28	133
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg	3	–	–	–	3
Anlagekammer	49	1	–	–	48
Anwaltskammer ³	12	1	2	–	9
Einzelrichter für Rekurse:					
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	2	–	–	–	2
– in Familiensachen	33	–	–	–	33
– im Obligationenrecht	2	–	–	–	2
– im SchKG-Verfahren	7	–	–	–	7
Einzelrichter Rechtshilfe u. Schiedsgericht ⁴	8	–	–	–	8
Kantonsgerichtspräsident	4	–	–	–	4
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	578	9	14	68	487

³ Siehe Fn. 2

⁴ Siehe Fn. 2

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>I. Zivilkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erbrecht	4	2	6	4	–	4	2	–	1	3
Sachenrecht	8	3	11	5	2	7	4	1	1	3
Verschiedenes	–	2	2	–	1	1	1	–	–	–
Zwischentotal	12	7	19	9	3	12	7	1	2	6
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erbrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachenrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sicherheitsleistung (Kautio)	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung										
.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	12	7	19	9	3	12	7	1	2	6

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
II. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Scheidungen/Scheidungsfolgen	17	35	52	33	2	35	17	2	25	6
Abänderungen	2	10	12	6	–	6	6	–	4	2
Mündigenunterhalt	–	1	1	–	1	1	–	–	–	–
Vaterschaft	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Entscheide Departement (Kindes-/ Vormundschaftsrecht).	–	10	10	4	2	6	4	–	2	2
Rechtsverweigerungs- und Kosten- beschwerden.	–	6	6	5	–	5	1	1	3	1
Verschiedenes	1	2	3	3	–	3	–	–	1	2
Zwischentotal	20	64	84	51	5	56	28	3	35	13
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen										
Scheidung auf gemeinsames Begehren. . .	1	–	1	1	–	1	–	1	–	–
Rechtsverweigerungsbeschwerden (insbes. vorsorgliche Massnahmen)	1	10	11	7	4	11	–	1	1	5
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	1	11	12	10	1	11	1	3	3	4
Unentgeltliche Prozessführung	21	114	135	88	1	89	46	66	–	22
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung . .	4	17	21	19	2	21	–	7	4	8
Verschiedenes	–	3	3	1	–	1	2	–	–	1
Zwischentotal	28	155	183	126	8	134	49	78	8	40
Insgesamt	48	219	267	177	13	190	77	81	43	53

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
III. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	1	3	4	1	–	1	3	–	–	1
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	6	3	9	2	1	3	6	1	1	–
Miet- und Pachtrecht	8	9	17	13	1	14	3	3	2	8
Arbeitsvertragsrecht	12	10	22	14	3	17	5	–	7	7
Werkvertragsrecht	10	5	15	10	1	11	4	3	4	3
Auftrag	3	3	6	1	–	1	5	–	1	–
Gesellschaftsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übriges Obligationenrecht	17	11	28	14	2	16	12	2	4	8
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Versicherungsvertragsrecht	–	4	4	2	–	2	2	–	1	1
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht . .	2	1	3	2	1	3	–	–	1	1
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit . .	1	1	2	1	–	1	1	1	–	–
Direktprozesse										
Urheberrecht	3	1	4	–	2	2	2	–	–	–
Prorogationen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden										
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nichtigkeitsbeschwerden gegen Schiedsgerichtsentscheide	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden gegen Entscheide Anwaltskammer/Prüfungskommission für Rechtsanwälte und Rechtsagenten . .	3	3	6	4	1	5	1	2	–	2
Verschiedenes	1	3	4	2	1	3	1	–	–	2
Zwischentotal	67	57	124	66	13	79	45	12	21	33

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Miet- und Pachtrecht	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-
Arbeitsvertragsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Werkvertragsrecht	2	-	2	1	-	1	1	-	-	1
Auftrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesellschaftsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Obligationenrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gleichstellung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versicherungsvertragsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rechtsverweigerungs- und Kosten- beschwerden	7	35	42	29	4	33	9	4	-	25
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen allgemein . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Massnahmen										
Urheberrecht	1	2	3	3	-	3	-	-	-	3
Sicherheitsleistung	-	5	5	4	-	4	1	4	-	-
Unentgeltliche Prozessführung	1	18	19	17	1	18	1	6	1	10
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung . .	1	17	18	12	3	15	3	2	-	10
Verschiedenes	1	2	3	3	-	3	-	-	-	3
Zwischentotal	14	79	93	69	8	77	16	16	1	52
Insgesamt	81	136	217	135	21	156	61	28	22	85

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Strafkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Delikte gegen Leib und Leben	24	30	54	24	2	26	28	1	15	8
Vermögens- und Urkundendelikte	41	45	86	28	14	42	44	5	10	13
Delikte gegen Ehre, Geheim- und Privatbereich	1	3	4	1	–	1	3	–	1	–
Delikte gegen die Freiheit	5	5	10	3	–	3	7	–	1	2
Sexualdelikte	8	7	15	9	–	9	6	–	3	6
Übrige Delikte des StGB	10	8	18	10	1	11	7	2	5	3
Strassenverkehr	4	7	11	5	1	6	5	2	2	1
Betäubungsmittel	7	25	32	14	3	17	15	1	11	2
Niederlassung/Aufenthalt von Ausländern	3	3	6	5	1	6	–	1	2	2
Übriges Nebenstrafrecht des Bundes	6	11	17	4	1	5	12	1	2	1
Kantonales Strafrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen	1	2	3	2	–	2	1	–	–	2
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	4	7	11	3	1	4	7	1	–	2
Nachträgliche richterliche Anordnungen	1	6	7	4	–	4	3	2	1	1
Verschiedenes	–	2	2	1	–	1	1	–	–	1
Zwischentotal	115	161	276	113	24	137	139	16	53	44
Zuständigkeit des Präsidenten										
Erläss Einschreibgebühr	2	47	49	46	1	47	2	38	–	8
Unentgeltliche Prozessführung	–	7	7	7	–	7	–	5	–	2
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	2	54	56	53	1	54	2	43	–	10
Insgesamt	117	215	332	166	25	191	141	59	53	54

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Handelsgericht</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Haftpflichtrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht	12	14	26	2	9	11	15	2	-	-
Miet- und Pachtrecht	1	-	1	1	-	1	-	-	1	-
Werkvertragsrecht	25	16	41	4	14	18	23	2	-	2
Auftrag	12	11	23	4	6	10	13	2	1	1
Weitere Vertragsverhältnisse	5	6	11	1	3	4	7	-	-	1
Aktienrechtliche Verantwortlichkeit	5	9	14	-	-	-	14	-	-	-
Übriges Gesellschaftsrecht	2	7	9	2	1	3	6	2	-	-
Versicherungsvertragsrecht	4	2	6	-	1	1	5	-	-	-
Schuldbetriebs- und Konkursrecht	2	1	3	3	-	3	-	2	-	1
UWG	3	1	4	-	-	-	4	-	-	-
Kartellrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Namen-/Firmenrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Markenrecht	4	4	8	4	-	4	4	-	3	1
Patentrecht	7	2	9	-	5	5	4	-	-	-
Schutz von Design	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sachenrecht	6	4	10	-	4	4	6	-	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	88	77	165	21	43	64	101	10	5	6
Zuständigkeit des Präsidenten										
Vorsorgliche Massnahmen										
OR	4	10	14	3	8	11	3	2	-	1
Immaterialgüterrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
UWG	3	4	7	4	1	5	2	4	-	-
ZGB	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einsetzung eines Sonderprüfers	-	5	5	1	-	1	4	-	1	-
Sicherstellung gefährdeter Beweise	2	-	2	-	2	2	-	-	-	-
Mängel in der Gesellschaftsorganisation	39	362	401	194	162	356	45	194	-	-
Entgegennahme einer Schutzschrift	-	8	8	3	1	4	4	3	-	-
Sicherheitsleistung	-	9	9	8	-	8	1	8	-	-
Unentgeltliche Prozessführung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	3	38	41	24	5	29	12	22	-	2
Zwischentotal	51	436	487	237	179	416	71	233	1	3
Insgesamt	139	513	652	258	222	480	172	243	6	9

*Aufsichtsbehörde für Schuld-
betreibung und Konkurs und über
das Handelsregister*

A. Schuldbetreibung und Konkurs

Zuständigkeit der Kammer

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Beschwerden gegen untere Aufsichtsbehörde	3	20	23	21	–	21	2	2	3	16
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren	5	5	10	9	–	9	1	2	2	5
Gebührenverordnung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Disziplinarmaßnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	1	2	3	2	1	3	–	2	–	–
Zwischentotal	9	27	36	32	1	33	3	6	5	21

Zuständigkeit des Präsidenten

Vorsorgliche Massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

B. Handelsregister

Zuständigkeit der Kammer

Eintragungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Löschungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gebühren und Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	6	6	1	5	6	–	–	–	1
Zwischentotal	–	6	6	1	5	6	–	–	–	1
Insgesamt	9	33	42	33	6	39	3	6	5	22

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Anklagekammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Aufsicht										
Amtliche Aufsicht	2	6	8	6	1	7	1	1	1	4
Disziplinarverfahren	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Eröffnung eines Strafverfahrens	16	65	81	70	1	71	10	17	1	52
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage	6	29	35	22	6	28	7	5	–	17
Einstellung des Strafverfahrens	–	3	3	1	1	2	1	–	–	1
Aufhebung des Strafverfahrens	7	19	26	14	–	14	12	6	1	7
Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Beschwerden Zwangsmassnahmen										
Beschlagnahme	2	11	13	9	3	12	1	2	–	7
Durchsuchung von Datenträgern	1	6	7	5	2	7	–	5	–	–
Untersuchungshaft	2	20	22	17	4	21	1	4	1	12
Verfügung Jugendanwalt	–	3	3	1	1	2	1	–	–	1
Haftentschädigung	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
Beschwerden Parteirechte										
Verweigerung von Parteirechten	3	2	5	4	1	5	–	–	–	4
Rechtsverweigerungsbeschwerden	3	11	14	8	3	11	3	–	1	7
Wiederaufnahme	–	4	4	3	1	4	–	1	–	2
Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	2	2	2	–	2	–	1	–	1
Zwischentotal	42	184	226	165	24	189	37	42	5	118

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage	3	9	12	9	–	9	3	3	–	6
Einstellung des Strafverfahrens	1	10	11	4	4	8	3	1	1	2
Aufhebung des Strafverfahrens	4	9	13	12	1	13	–	3	2	7
Kosten	1	4	5	4	–	4	1	3	1	–
Ausstand	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Anstände im Privatstrafklageverfahren . .	2	4	6	4	1	5	1	1	–	3
Präsidiale Verfügungen										
Technische Überwachungsmaßnahmen	–	140	140	140	–	140	–	134	4	2
Vorsorgliche Massnahmen	–	5	5	3	2	5	–	2	–	1
Unentgeltliche Prozessführung	–	14	14	9	1	10	4	1	–	8
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Zwischentotal	11	197	208	187	9	196	12	149	8	30
Insgesamt	53	381	434	352	33	385	49	191	13	148

Anwaltskammer

Zuständigkeit der Kammer

Disziplinarverfahren gegen Anwälte	1	9	10	6	–	6	4	–	–	6
Massnahmen gegen Dritte	2	1	3	2	–	2	1	1	–	1
Einsprache gegen Registereintrag	–	6	6	–	2	2	4	–	–	–
Verschiedenes	1	4	5	2	1	3	2	–	–	2
Zwischentotal	4	20	24	10	3	13	11	1	–	9

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Begutachtung von Anwaltsrechnungen . . .	–	4	4	3	1	4	–	–	2	1
Entbindung vom Berufsgeheimnis	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Eröffnung Disziplinarverfahren	1	2	3	2	1	3	–	–	–	2
Erteilung Anwaltspatent ⁵	–	51	51	51	–	51	–	51	–	–
Erteilung Rechtsagentenpatent ⁵	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erteilung Rechtspraktikantenbewilligung ⁵ . .	–	33	33	33	–	33	–	33	–	–
Eintrag in Anwaltsregister ⁵	–	28	28	28	–	28	–	28	–	–
Eintrag in Anwaltsliste EU ⁵	–	3	3	3	–	3	–	3	–	–
Verschiedenes	–	4	4	3	–	3	1	–	–	3
Zwischentotal	1	11	12	9	2	11	1	–	2	7
Insgesamt	5	31	36	19	5	24	12	1	2	16

*Einzelrichter für Rekurse im
Personen-, Erb- und Sachenrecht*

Rascher Rechtsschutz	3	8	11	9	1	10	1	3	3	3
Vorsorgliche Massnahmen	1	5	6	3	3	6	–	–	–	3
Verfügungen Departement (Namens-/Erbrecht).	–	4	4	3	1	4	–	1	–	2
Vollstreckung	1	2	3	2	–	2	1	1	–	1
Verschiedenes	–	2	2	2	–	2	–	–	–	2
	5	21	26	19	5	24	2	5	3	11

*Einzelrichter für Rekurse in
Familiensachen*

Eheschutz	11	49	60	41	3	44	16	3	24	14
Verfügungen Departement (Kindes- und Vormundschaftsrecht).	1	5	6	5	1	6	–	–	–	5
Vollstreckung	–	5	5	2	2	4	1	–	–	2
Verschiedenes	6	35	41	22	3	25	16	2	10	10
	18	94	112	70	9	79	33	5	34	31

⁵ Werden in der Fallstatistik nicht gezählt.

	Geschäftslast		Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im Obligationenrecht</i>										
Klares Recht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Mieter- und Pächterausweisung	2	27	29	27	2	29	–	1	2	24
Vollstreckung	–	2	2	1	–	1	1	–	–	1
Vorsorgliche Massnahmen	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Vorsorgliche Beweiserhebung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
	2	33	35	31	2	33	2	1	2	28

Einzelrichter für Rekurse im SchKG-Verfahren

Provisorische Rechtsöffnung	5	17	22	16	5	21	1	5	2	9
Definitive Rechtsöffnung	1	6	7	5	1	6	1	1	1	3
Bewilligung des Rechtsvorschlags in der Wechselbetreibung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Konkurseröffnungen	6	47	53	46	4	50	3	37	–	9
Sicherheitsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insolvenzerklärungen	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–
Wiedereinsetzung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Arrestverfahren	1	3	4	3	1	4	–	–	2	1
Nachlassverfahren	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übrige SchKG-Verfahren	–	5	5	4	–	4	1	2	–	2
Verschiedenes	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
	13	80	93	75	11	86	7	46	5	24

Einzelrichter für Rechtshilfe- und Schiedsgerichtswesen

Rechtshilfe	13	241	254	–	246	246	8	–	–	–
Schiedsgerichtssachen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
	13	241	254	–	246	246	8	–	–	–

Kantonsgerichtspräsident

Aktenherausgabe	1	31	32	28	–	28	4	24	2	2
Ausstandsbegehren	–	4	4	4	–	4	–	–	–	4
Überweisung an anderes Gericht	–	4	4	4	–	4	–	3	–	1
Verschiedenes	–	4	4	3	1	4	–	–	–	3
	1	43	44	39	1	40	4	27	2	10

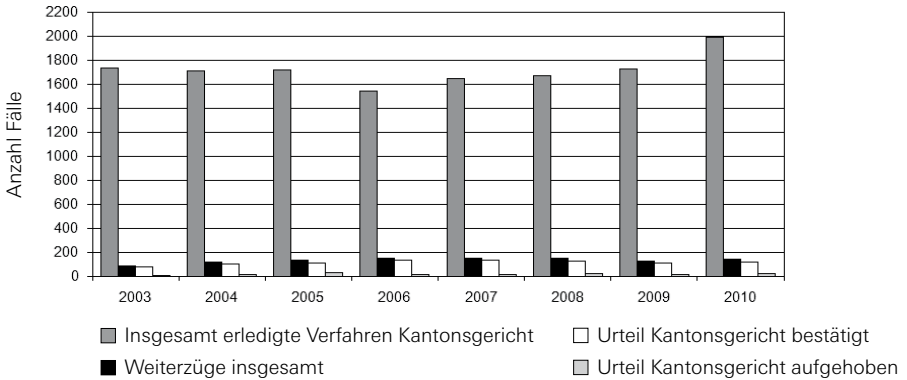
*Weiterzug von Entscheiden
an das Bundesgericht und das
Kassationsgericht*

Bundesgericht

	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Erledigung durch						Pendent Ende 2009
				Rückzug	Nichteintreten	Abgewiesen	Ganz geschützt	Teilweise geschützt	Urteil	
Beschwerden in Zivilsachen	11	61	72	1	30	21	8	-	12	
Beschwerden in Strafsachen	17	63	80	-	23	29	4	8	16	
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	-	1	1	-	-	1	-	-	-	
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	-	8	8	-	5	1	-	-	2	

Kassationsgericht

Nichtigkeitsbeschwerden in Zivilsachen	3	5	8	-	1	5	1	-	1
--	---	---	---	---	---	---	---	---	---



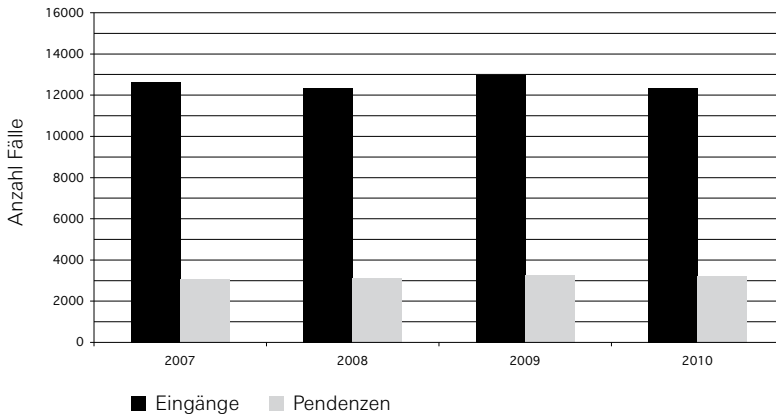
II. Kreisgerichte

Eingänge der Vorjahre

1. Übersichten

Gesamtübersicht (Kollegialgericht und Einzelrichter)¹

Kreisgericht	2007	2008	2009	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Erledigungen 2010	Pendenzen Ende 2010
St.Gallen ²				1039	3754	4793	3673	1120
Rorschach.....				288	1301	1589	1291	298
Rheintal ²				475	1702	2177	1750	427
Werdenberg-Sarganserland.....				418	1550	1968	1603	365
See-Gaster ²				428	1496	1924	1600	324
Toggenburg.....				152	719	871	684	187
Wil ²				472	1840	2312	1828	484
Total	12668	12319	12993	3272	12362	15634	12429	3205



1 Inkl. untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen, Haftrichter; ohne Verschiedenes (s. Ziff. 4)
 2 Gerichte mit haftrichterlichen Aufgaben

Kollegialgericht ³	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Erledigungen 2010	Pendenzen Ende 2010
	2007	2008	2009					
Kreisgericht								
St.Gallen				270	368	638	364	274
Rorschach				65	78	143	74	69
Rheintal				92	125	217	113	104
Werdenberg-Sarganserland.				100	92	192	113	79
See-Gaster				70	88	158	84	74
Toggenburg				29	45	74	36	38
Wil				97	136	233	102	131
Total	1065	939	1040	723	932	1655	886	769

Einzelrichter ⁴	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Erledigungen 2010	Pendenzen Ende 2010
	2007	2008	2009					
Kreisgericht								
St.Gallen				558	3052	3610	2925	685
Rorschach				154	1109	1263	1088	175
Rheintal				264	1407	1671	1437	234
Werdenberg-Sarganserland.				182	1273	1455	1278	177
See-Gaster				236	1255	1491	1325	166
Toggenburg				68	588	656	561	95
Wil				250	1519	1769	1514	255
Total	10398	10085	10615	1712	10203	11915	10128	1787

3 Ohne Ehescheidungen /-trennungen

4 Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen, Haftrichter

Eingänge der Vorjahre

Ehescheidungen/
-trennungen (Kollegialgericht
und Einzelrichter)

Kreisgericht	2007	2008	2009	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Erledigungen 2010	Pendenz Ende 2010
St.Gallen				211	334	545	384	161
Rorschach				69	114	183	129	54
Rheintal				119	170	289	200	89
Werdenberg-Sarganserland				136	185	321	212	109
See-Gaster				122	153	275	191	84
Toggenburg				55	86	141	87	54
Wil				125	185	310	212	98
Total	1205	1295	1338	837	1227	2064	1415	649

Eingeschrieben

Pendente Fälle

Kreisgericht	Insgesamt	2007 oder früher	2008	2009	2010
St.Gallen	1120	8	24	107	981
Rorschach	298	8	7	40	243
Rheintal	427	13	15	42	357
Werdenberg-Sarganserland	365	11	13	36	305
See-Gaster	324	5	12	36	271
Toggenburg	187	1	3	21	162
Wil	484	6	26	23	429
Total	3205	52	100	305	2748

2. Zivilsachen

A. Kollegialgericht⁵

Gerichtskreis	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang			
	Eingänge 2009	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbeitreibung und Konkurs	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erdichtungen 2010	Pendenz Ende 2010	
St.Gallen	179	212	391	10	78	4	4	5	89	19	3	113	96	209	182		
Rorschach	50	62	112	-	24	1	2	1	32	-	2	31	20	51	61		
Rheintal	76	81	157	-	24	7	5	4	40	1	-	34	43	77	80		
Werdenberg-Sarganserland	67	66	133	1	29	2	2	4	25	3	-	58	20	78	55		
See-Gaster	65	66	131	-	12	4	11	8	30	1	-	26	43	69	62		
Toggenburg	28	33	61	-	17	5	1	-	10	-	-	16	9	25	36		
Wil.	59 ⁶	93	152	-	48	2	4	1	35	2	1	41	33	74	78		
Total	658	524 ⁶	1137	11	232	25	29	23	261	26	6	319	264	583	554		

⁵ Ohne Ehescheidungen/-trennungen (s. Bst. B)

⁶ Bereinigung gegenüber Vorjahr

B. Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2009		Eingänge 2010		Gesamt	Verfahrenswechsel		Erledigt 2010				Pendent Ende 2010					
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren		Streitige Verfahren	Zum einvernehmlichen Verfahren	Zum streitigen Verfahren	Genehmigung Familiengericht	Urteil Kreisgericht	Fristsansetzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren		
St.Gallen	176	35	211	301	33	334	545	10	19	290	48	6	40	384	128	33	161
Rorschach	61	8	69	108	6	114	183	5	4	112	7	1	9	129	47	7	54
Rheintal	100	19	119	160	10	170	289	7	8	162	18	1	19	200	78	11	89
Werdenberg-Sarganserland	111	25	136	167	18	185	321	7	25	160	39	1	12	212	92	17	109
See-Gaster	105	17	122	142	11	153	275	2	8	166	14	2	9	191	66	18	84
Toggenburg	45	10	55	78	8	86	141	1	11	69	11	1	6	87	41	13	54
Wil	109	16	125	178	7	185	310	-	9	174	21	1	16	212	85	13	98
Total	707	130	837	1134	93	1227	2064	32	84	1133	158	13	111	1415	537	112	649

C. Einzelrichterfälle⁸

1. Zivilsachen im einfachen Verfahren

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet								Prozessgang						
	Eingänge 2009	Übtrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Erstreckung Mietverhältnis	Anrechnung Kündigung	Forderung aus Arbeitsrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbeitreibung und Konkurs	Urteile	Abschreibungen	Erdignungen 2010	Pendenzen Ende 2010
St.Gallen	82	211	293	1	5	-	-	73	2	4	26	75	25	73	70	143	150	
Rorschach	21	38	59	-	-	-	2	7	1	3	2	20	3	18	20	38	21	
Rheintal	30	70	100	-	5	-	3	18	1	-	11	32	-	45	21	66	34	
Werdenberg-Sarganserland	43	86	129	-	1	-	2	14	1	-	10	54	4	81	16	97	32	
See-Gaster	41	84	125	-	-	-	10	26	-	5	3	33	7	34	63	97	28	
Toggenburg	14	29	43	-	-	-	-	4	-	1	3	19	2	28	5	33	10	
Wil	49	102	151	-	-	-	5	8	1	1	23	60	4	95	19	114	37	
Total	766	280	620	900	1	11	-	22	150	6	14	78	293	45	374	214	588	312

⁸ Ohne Ehescheidungen/-trennungen (s. Bst. B), untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen (s. Bst. D)

2. Zivilsachen im Summarverfahren

a) SchKG und Vollstreckung

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang			
	Eingänge 2009	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Rechtsöffnungen	Bew. R'vorschlag (Bestreitung neuen Vermögens)	Konkurreseröffnung	Folgeberfügung Konkurs	Arrestverfahren	Nachlassverfahren	Übriges Schuldbetreibung und Konkurs	Vollstreckung	Rechtshilfe (Anerkennung ausl. Urteile)	Urteile	Abschreibungen	Erdigungen 2010	Pendenzen Ende 2010
St.Gallen	175		1477	1652	656	62	409	302	27	3	12	5	1	1102	366	1468	184
Rorschach	63		709	772	384	17	163	107	20	3	12	1	2	522	196	718	54
Rheintal	59		787	846	329	33	218	130	60	2	7	6	2	573	219	792	54
Werdenberg-Sarganserland	57 ⁹		699	756	359	34	150	120	28	1	2	4	1	574	114	688	68
See-Gaster	48		671	719	315	27	206	90	11	1	12	8	1	394	291	685	34
Toggenburg	11		343	354	186	12	84	59	1	-	-	1	-	258	76	334	20
Wil	77		755	832	382	31	224	97	7	-	12	2	-	577	170	747	85
Total	5317	490 ⁹	5441	5931	2611	216	1454	905	154	10	57	27	7	4000	1432	5432	499

b) übrige Summarverfahren

Kreisgericht	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang											
	Eingänge 2009	Übortrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Personenrecht	Erschutzmassnahmen	Vorsorgliche Massnahmen (Ehescheidungen/-trennungen)	Schuldanweisung	Erbrecht	(inkl. Beschwerden in Erbsachen)	Bauhandwerkerpfandrecht	Kartloseklärungen	Schnelle Handhabung klaren Rechts/Bestezschutz	Ausweisung Miteer/Pächter	Vorsorgliche Beweiserhebung (Sicherstellung von Beweisen)	Rechtshilfenweise	Einvernahmen	Erlass	Unentgeltliche Prozessführung	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erdidigungen 2010	Pendenzen Ende 2010	
St.Gallen	237	1036	1273	8 169	51	27	4	16	21	15	97	9	27	4	562	26	898	104	1002	271					
Rorschach	48	333	381	3 55	12	6	1	10	15	7	40	6	15	3	157	3	253	46	299	82					
Rheintal	152	394	546	2 92	18	19	3	17	15	20	33	1	20	4	137	13	339	93	432	114					
Werdenberg-Sarganserland	63	417	480	1 77	29	14	2	18	20	10	25	3	32	4	175	7	379	46	425	55					
See-Gaster	129	385	514	7 79	27	4	2	21	18	6	42	3	9	4	152	11	327	101	428	86					
Toggenburg	40	196	236	1 49	13	2	1	3	13	8	14	-	-	-	87	5	164	14	178	58					
WL	110	522	632 ¹⁰	5 103	37	24	-	29	10	4	41	-	-	7	12	238	12	463	59	522	110				
Total	3264	779	3283	4062 ¹⁰	27	624	187	96	13	114	112	70	292	22	110	31	1508	77	2823	463	3286	776			

D. Untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen

Beschwerden gegen Betreibungsämter

Kreisgericht	Eingänge 2008	Eingänge 2009	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/ Nichtintreten	Rückzug/ Gegenstandslos	Pendent Ende 2010
St.Gallen			1	28	29	1	21	6	1
Rorschach			1	6	7	-	3	1	3
Rheintal			-	13	13	3	8	1	1
Werdenberg-Sarganserland			2	13	15	4	8	2	1
See-Gaster			1	16	17	2	12	3	-
Toggenburg			1	7	8	1	5	1	1
Wil			3	41	44	4	34	4	2
Total	129	143	9	124	133	15	91	18	9

3. Strafsachen

A. Kollegialgericht und Einzelrichter ^{11 12}

Kreisgericht	Kollegialgericht							Einzelrichter										
	Eingänge 2009	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erdigungen 2010	Pendenz Ende 2010	Eingänge 2009	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erdigungen 2010	Pendenz Ende 2010
St.Gallen	91	156	247	150	4	1	155	92	62	111	173	85	1	10	96	77		
Rorschach	15	16	31	21	2	-	23	8	21	23	44	23	1	5	29	15		
Rheintal	16	44	60	36	-	-	36	24	22	52	74	37	1	6	44	30		
Werdenberg-Sarganserland	33	26	59	33	2	-	35	24	17	58	75	50	1	3	54	21		
See-Gaster	5	22	27	15	-	-	15	12	14	43	57	30	2	8	40	17		
Toggenburg	1	12	13	11	-	-	11	2	2	13	15	9	-	-	9	6		
Wil	38	43	81	28	-	-	28	53	11	31	42	20	2	1	23	19		
Total	270	199	319	518	294	8	1	303	215	277	148	331	480	254	8	33	295	185

¹¹ Inkl. Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Privatstrafklageverfahren

¹² Ohne Haftrichter (s. Bst. B)

B. Haftrichter (gesamter Kanton)

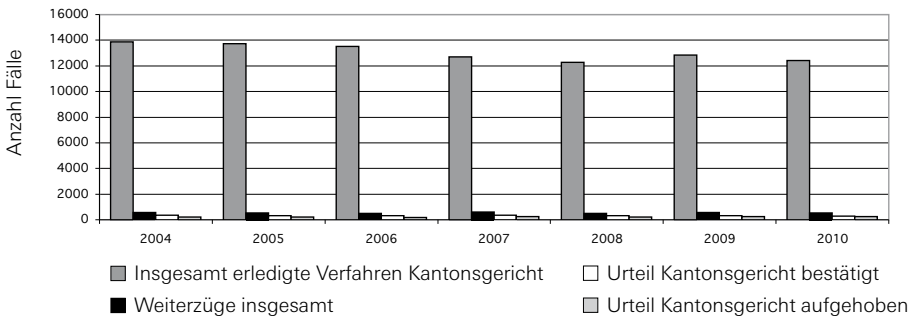
	Art der Erledigung									
	Eingänge 2009	Pendent Ende 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Beurtragte Freiheits- beschränkung ganz oder teilweise angeordnet/ bestätigt	Beurtragte Freiheits- beschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatz- massnahmen	Abschreibung/ Nichteintreten	Erledigt 2010	Pendent Ende 2010
Haftanordnung	279	1	226	227	221	3	1	1	226	1
Haftverlängerung	176	3	151	154	144	2	1	3	150	4
Haftentlassung	15	-	8	8	6	-	-	1	7	1
Entlassung vorzeitiger Strafvollzug	5	1	2	3	3	-	-	-	3	-
Vorzeitiger Massnahmenvollzug	3	-	6	6	6	-	-	-	6	-
Auslieferungshaftbefehl.	2	-	4	4	4	-	-	-	4	-
Verlängerung Polizeigewahrsam	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wegweisung und Rückkehrverbot	6	-	7	7	6	1	-	-	7	-
Übrige	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Total	487	5	404	409	390	6	2	5	403	6

4. Verschiedenes¹³

	St.Gallen	Rorschach	Rheintal	Werdenberg-Sarganserland	See-Gaster	Toggenburg	Wil
Aufsicht über Vermittler	3	1	-	-	-	-	-
Aufsicht über Schlichtungsstellen	-	-	-	1	-	-	-
Aufsicht über Betreibungsämter	1	2	1	3	1	3	11
Rechtshilfe (Zustellungen)	251	197	235	165	119	58	155
Verteidigungen	10	-	-	3	-	1	-
Verschiedenes	5	-	2	1	2	2	3

5. Weiterzüge

	Übertrag 2009	Eingänge 2010	Insgesamt	Rückzug/ Abschreibung	Nichteintreten	Abgewiesen	Geschützt	Teilweise geschützt	Pendent Ende 2010
Berufungen ans Kantonsgericht	216	226	442	23	12	72	28	113	194
Rekurse ans Kantonsgericht	58	230	288	28	13	82	61	40	64
Betreibungsrechtliche Beschwerden ans Kantonsgericht	5	19	24	-	8	7	2	2	5
Rechtsverweigerungsbeschwerden ans Kantonsgericht	19	41	60	2	10	23	5	1	19
Rechtsverweigerungsbeschwerden in Haftsachen an die Anklage- kammer	2	15	17	1	-	8	2	-	6



¹³ Diese Tätigkeiten werden in der Fallstatistik nicht als «Fall» ausgewiesen.

III. Vermittlerämter

Gerichtskreis	I Im Vermittlungsverfahren						II Urteilsvorschlag		Ausstand oder Verhinderung		
	Eingeschriebene Streitfälle (I und angenommene Urteilsvorschlag)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klägeranerkennung	Unvermittelt	Kostenspruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Ausstand des Vermittlers	Ausstand des Vermittlers und seines Stellvertreters	Sonstige Verhinderung des Vermittlers
St.Gallen	542	35	153	256	12	46	49	40	2	—	83
Gossau	99	17	29	48	—	3	3	2	—	—	25
Rorschach											
Rorschach West	78	13	16	33	—	8	8	8	—	—	—
Rorschach Ost	186	21	44	80	2	17	24	22	3	—	29
Rheintal											
Oberes Rheintal	84	5	22	42	—	11	4	4	—	—	—
Mittleres Rheintal	101	12	23	49	—	11	7	6	—	—	—
Unteres Rheintal	129	22	28	44	—	24	12	11	—	—	—
Werdenberg-Sarganserland											
Werdenberg	165	17	40	96	3	9	—	—	—	—	—
Sarganserland	166	23	48	80	—	15	—	—	—	—	—
See-Gaster											
See	171	6	109	45	1	8	3	2	—	—	—
Obersee-Ricken	80	3	32	25	—	10	11	10	—	—	6
Gaster	100	13	42	35	—	9	1	1	—	—	—

III. Vermittlerämter (Fortsetzung)

Gerichtskreis	I im Vermittlungsverfahren					II Urteilsvorschlag			Ausstand oder Verhinderung	
	Eingeschriebene Streitfälle (I und angenommene Urteils- vorschläge)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klagenanerkennung	Unvermittelte	Kostenspruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge		Ausstand des Vermittlers und seines Stellvertreters
Toggenburg										
Oberes Toggenburg	41	3	9	27	-	-	2	2	1	-
Mittleres Toggenburg	77	11	34	24	-	6	2	2	-	-
Unteres Toggenburg	69	13	12	37	-	2	5	5	-	-
Wil										
Flawil	76	11	21	39	-	5	1	-	-	-
Uzwil	178	18	71	59	1	9	20	20	-	-
Zuzwil	107	22	22	44	-	3	19	16	2	14
Wil	173	25	76	43	4	8	20	17	-	-
Total	2622	290	831	1106	23	204	191	168	8	157

IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht

Gerichtskreis	Art der Erledigungen							
	Pendenzen	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Entscheid	anderweitig	Pendente Begehren
St.Gallen	72	462	534	180	145	33	128	48
Rorschach	22	107	129	33	25	15	35	21
Rheintal	17	126	143	52	30	4	46	11
Werdenberg-Sarganserland	59	128	187	93	27	6	29	32
See-Gaster	21	149	170	60	50	9	31	20
Toggenburg	7	62	69	25	8	5	22	9
Wil	12	157	169	64	33	7	49	16
Total	210	1191	1401	507	318	79	340	157

V. Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse

Gerichtskreis	Art der Erledigungen									
	Pendenzen	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Klagerückzug	Klagenerkennung	Urteilsvorschlag angenommen	Anderweitig	Pendente Begehren
St.Gallen	38	233	271	119	70	23	10	5	13	31
Rorschach	4	36	40	13	5	4	-	-	1	17
Rheintal	16	91	107	52	35	8	1	-	-	11
Werdenberg-Sarganserland	19	39	58	25	13	3	-	-	7	10
See-Gaster	6	44	50	11	14	10	-	-	3	12
Toggenburg	6	23	29	16	4	1	1	-	2	5
Wilf	12	88	100	39	28	24	-	3	-	6
Total	101	554	655	275	169	73	12	8	26	92

VI. Schlichtungsstellen für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz

Art der Erledigungen	
Pendenzen	1
Neu eingegangene Begehren	3
Total zu behandeln	3
Einigungen	1
Keine Einigungen	2
Klagerückzug	1
Klaganerkennung	1
Urteilsvorschlag angenommen	1
Anderweitig	1
Pendente Begehren	1

Amtsbericht des Kassationsgerichts des Kantons St.Gallen über das Jahr 2010

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Über die Tätigkeit des Kassationsgerichts des Kantons St.Gallen im Jahr 2010 lässt sich Folgendes berichten:

1. Fälle

Dem Gericht lagen im Jahr 2010 vor:

im Jahr 2010 eingeschriebene Fälle	14
aus dem Jahr 2009 eingeschriebene Fälle	<u>3</u>
Insgesamt	17

2. Erledigungen und Pendenzen

Davon wurden

im Jahr 2010 erledigt	16
im Jahr 2010 nicht erledigt	<u>1</u>
Insgesamt	17

3. Pendenzen im Besonderen

Der pendente Fall wurde erst Ende 2010 eingeschrieben. Der Eingang von weiteren Fällen ist noch bis ca. Mitte Februar 2011 möglich. Nach der Erledigung der letzten Pendezenz wird das Kassationsgericht aufgehoben.

4. Erledigungen im Besonderen

4.1. Die im Jahr 2010 erledigten Fälle betrafen:

Entscheide der III. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	4
Entscheide des Präsidenten der III. Zivilkammer	3
Entscheide des Handelsgerichtes	3
Entscheide des Präsidenten des Handelsgerichtes	3
Entscheide über die sachliche Zuständigkeit	1
Entscheide über die sachliche Zuständigkeit	<u>2</u>
Insgesamt	16

4.2. Diese Fälle wurden wie folgt erledigt:

Beschwerde geschützt (ganz oder teilweise)	1	(6.25 %)
Beschwerde abgewiesen (soweit eingetreten)	9	(56.25 %)
Auf Beschwerde nicht eingetreten	5	(31.25 %)
Sachliche Zuständigkeit entschieden	1	(6.25 %)
Insgesamt	16	

5. Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2010 hat die Anzahl der neu eingeschriebenen Fälle im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Die Zahl der erledigten Fälle ist gleich geblieben. Im Jahr 2010 wurden 14 Fälle eingeschrieben gegenüber 11 Fällen im Vorjahr.

6. Verfahrensdauer

Die Prozessdauer betrug im Jahr 2010 vom Beschwerdeeingang bis zur Urteilsfällung im Durchschnitt rund 4 Monate, vom Beschwerdeeingang bis zur Versendung des begründeten Urteils rund 5 Monate. Dies entspricht der Verfahrensdauer der Vorjahre.

7. Rechtsmittel gegen Urteile des Kassationsgerichts

Im Jahr 2010 wurde gegen 3 Urteile des Kassationsgerichts Beschwerde beim Bundesgericht geführt. Die Beschwerden wurden abgewiesen, soweit darauf einzutreten war. Die im Amtsbericht des Vorjahres erwähnten, beim Bundesgericht damals hängigen 6 Beschwerden wurden abgewiesen, soweit darauf einzutreten war, oder sie wurden zurückgezogen.

St.Gallen, 7. Januar 2011

Der Kassationsgerichtspräsident:

Prof. Dr. Reinhold Hotz

Das Verwaltungsgericht an den Kantonsrat St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (GerG) Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichts, des Versicherungsgerichts und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2010.

1. Verwaltungsgericht

a) Personelles

Im Berichtsjahr traten Vizepräsidentin Dr. Edit Oesch-Frischkopf und Ersatzrichter lic. oec. Niklaus Sutter per Ende Juni 2010 von ihren Ämtern zurück. Niklaus Sutter gehörte seit 1999 dem Verwaltungsgericht als Ersatzrichter an. Dr. Edit Oesch-Frischkopf wurde vom Kantonsrat im Jahr 1981 als ordentliches Mitglied des Verwaltungsgerichts gewählt. Zuvor war sie seit 1973 Mitglied des kantonalen Versicherungsgerichts gewesen. Seit 2000 bekleidete sie die Funktion der Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts. Dr. Edit Oesch-Frischkopf war somit während 37 Jahren in der st.gallischen Verwaltungsjustiz tätig. Sie hat in ihrer langjährigen Tätigkeit die Rechtsprechung wesentlich mitgeprägt.

Der Kantonsrat wählte Dr. Silvia Bietenharder-Künzle, Rapperswil-Jona, zum neuen Mitglied des Verwaltungsgerichts und Dr. Walter Engeler, Bütschwil, zum neuen Ersatzrichter. Das Verwaltungsgericht wählte an seiner konstituierenden Sitzung lic. iur. Armin Linder, St.Gallen, zum neuen Vizepräsidenten.

Der Kantonsrat hat mit dem Budget 2011 dem Verwaltungsgericht eine zusätzliche Gerichtsschreiberstelle sowie eine Erhöhung des Pensums für das Sekretariat bewilligt. Damit wurde dem starken Anstieg der Geschäftslast (vgl. unten lit. b) Rechnung getragen.

b) Geschäftslast

Im Berichtsjahr 2010 sind exakt 300 Fälle neu eingegangen, nämlich 296 Beschwerden und 4 Klagen. Dies sind 68 Fälle bzw. 34 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein derart starker Anstieg der neu eingegangenen Fälle ist beispiellos und wurde seit 1996, als die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts stark erweitert wurde, noch nie festgestellt. Anfang 2010 waren 86 Fälle anhängig. Von diesen pendenten und den im Berichtsjahr neu eingegangenen 300 Fällen wurden im Jahr 2010 deren 292 erledigt, womit die Zahl der hängigen Geschäfte per Ende 2010 94 betrug. Von den 300 neu eingegangenen Geschäften wurden im Berichtsjahr 210 erledigt; 78 behandelte Fälle waren im Vorjahr eingegangen, und

vier ältere Fälle konnten wegen Gegenstandslosigkeit abgeschrieben werden, nachdem sie längere Zeit sistiert gewesen waren. Trotz des ausserordentlichen Anstiegs der neu eingegangenen Fälle von über einem Drittel gegenüber dem Vorjahr, in dem sich die Geschäftslast im Rahmen des langjährigen Durchschnitts bewegt hatte und nicht etwa besonders gering gewesen war, konnte die Zahl der erledigten Fälle mit einer ausserordentlichen Anstrengung im gleichen Rahmen gesteigert werden. Der Anstieg der Geschäftslast ist aber dauerhaft mit dem bisherigen Personalbestand nicht zu bewältigen, weshalb eine Personalerhöhung notwendig wurde. Diese wurde vom Kantonsrat mit dem Budget 2011 bewilligt. Dabei wurde eine Verschiebung im Stellenplan vorgenommen und eine nicht besetzte Gerichtsschreiberstelle der Verwaltungsrekurskommission auf das Verwaltungsgericht übertragen. Ausserdem wurde eine zusätzliche Teilzeitstelle im Sekretariat bewilligt.

Das Schwergewicht der behandelten Geschäfte lag wie bereits im Vorjahr beim Bau-, Planungs- und Umweltrecht mit 56 Fällen (Vorjahr 52) sowie dem Ausländerrecht mit 54 Fällen (Vorjahr 37). Ein starker Anstieg der neu eingegangenen Fälle erfolgte beim öffentlichen Beschaffungswesen mit 39 Fällen (Vorjahr 17). Auch die seit November 2009 durch eine Praxisänderung des Bundesgerichts geschaffene neue Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts für Beschwerden gegen Entscheide der Verwaltungsrekurskommission im Bereich des Strassenverkehrsrechts (insb. Administrativmassnahmen gegen Fahrzeuglenkerinnen und -lenker) machte sich deutlich bemerkbar, indem im Berichtsjahr 20 neue Fälle dieses Sachgebiets eingeschrieben wurden.

Insgesamt wurden 71 (Vorjahr 38) Zwischenverfahren über Gesuche um Gewährung der aufschiebenden Wirkung, um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und Rechtsverteidigung oder um Erlass von vorsorglichen Massnahmen geführt, über die der Präsident im Rahmen einer besonderen verfahrensleitenden Verfügung zu entscheiden hatte. Diese Zwischenverfahren und -entscheide sind in den nachfolgenden Statistiken nicht separat aufgeführt. Die Zahl dieser Verfahren verdoppelte sich beinahe gegenüber dem Vorjahr. Dies ist vor allem auf den starken Anstieg der Beschwerden aus dem Bereich des öffentlichen Beschaffungsrechts zurückzuführen. Bei diesen Beschwerden wird nahezu immer ein Gesuch um Erteilung der aufschiebenden Wirkung gestellt. Diese Gesuche sind innert zehn Tagen nach Eingang des Rechtsmittels zu behandeln. In dieser Zeit sind die Beteiligten anzuhören, und es ist aufgrund einer materiellen Prüfung sämtlicher Akten und Rechtschriften zu prüfen, ob eine Beschwerde hinreichend begründet ist oder nicht. Innert der Frist von zehn Tagen ist der begründete Zwischenentscheid zuzustellen.

Bei allen als erledigt ausgewiesenen Fällen ist im Berichtsjahr das begründete Urteil zugestellt worden. Für die Rechtsprechung wird auf die Publikationen St.Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) 2010 sowie St.Galler Steuerentscheid (SGE) 2010 verwiesen. Dort werden 36 Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen veröffentlicht.

Nach Sachgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Gang der Geschäfte:

Rechtsgebiet	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	30	56	86	61	25
Enteignung	0	0	0	0	0
Gewerbebewilligungen	1	6	7	4	3
Jagd und Fischerei	0	0	0	0	0
Gebäudeversicherung	1	2	3	2	1
Sozialversicherung	3	3	6	4	2
Schätzung und Melioration	0	1	1	1	0
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	1	3	4	4	0
Staatssteuer natürlicher Personen	5	15	20	15	5
Staatssteuer juristischer Personen	1	2	3	3	0
Gemeindesteuern	0	2	2	2	0
Direkte Bundessteuer	2	8	10	5	5
Strassenrecht	1	11	12	10	2
Öffentliches Dienstrecht	1	11	12	9	3
Verfahrensrecht	2	2	4	3	1
Politische Rechte	3	3	6	3	3
Ausländerrecht	16	54	70	51	19
Lebensmittelpolizei	0	1	1	0	1
Straf- und Massnahmenvollzug	1	11	12	9	3
Waldgesetz	0	2	2	2	0
Bildung, Erziehung, Stipendien	2	10	12	10	2
Sozialhilfe	1	11	12	12	0
Öffentliches Beschaffungswesen	2	39	41	33	8
Unentgeltliche Prozessführung	1	14	15	13	2
Öffentlich-rechtliche Klagen	0	4	4	2	2
Beschwerden in Klagefällen	0	0	0	0	0
Strassenverkehr	7	20	27	23	4
Zwangsmassnahmen Ausländerrecht	1	4	5	5	0
Diverse	4	5	9	6	3
Total	86	300	386	292	94

Von den 94 Ende 2010 anhängigen Verfahren waren zu jenem Zeitpunkt deren 5 sistiert.

Über die Art der Geschäftserledigung gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss:

Rechtsgebiet	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung ganz	Gutheissung teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	61	19	0	21	13	8
Enteignung	0	0	0	0	0	0
Gewerbebewilligungen	4	1	0	2	0	1
Jagd und Fischerei	0	0	0	0	0	0
Gebäudeversicherung	2	1	0	1	0	0
Sozialversicherung	4	2	0	1	1	0
Schätzung und Melioration	1	1	0	0	0	0
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	4	1	0	1	0	2
Staatssteuer natürlicher Personen	15	4	0	8	3	0
Staatssteuer juristischer Personen	3	0	0	3	0	0
Gemeindesteuern	2	1	0	0	1	0
Direkte Bundessteuer	5	0	0	3	2	0
Strassenrecht	10	6	1	1	2	0
Öffentliches Dienstrecht	9	2	0	3	3	1
Verfahrensrecht	3	0	0	1	1	1
Politische Rechte	3	1	0	1	1	0
Ausländerrecht	51	14	0	24	10	3
Lebensmittelpolizei	0	0	0	0	0	0
Straf- und Massnahmenvollzug	9	4	1	2	1	1
Waldgesetz	2	1	0	0	1	0
Bildung, Erziehung, Stipendien	10	4	1	4	1	0
Sozialhilfe	12	5	0	5	2	0
Öffentliches Beschaffungswesen	33	22	0	7	2	2
Unentgeltliche Prozessführung	13	2	1	8	2	0
Öffentlich-rechtliche Klagen	2	2	0	0	0	0
Beschwerden in Klagefällen	0	0	0	0	0	0
Strassenverkehr	23	7	0	11	3	2
Zwangsmassnahmen Ausländerrecht	5	3	0	2	0	0
Diverse	6	2	0	2	2	0
Total	292	105	4	111	51	21

Von den 292 erledigten Fällen lagen 269 im Zuständigkeitsbereich des Gerichts und 23 in jenem des Präsidenten als Einzelrichter. 105 Verfahren wurden durch Abschreibung erledigt, der überwiegende Teil davon infolge Rückzugs des Rechtsmittels bzw. Verzichtes auf die Leistung des Kostenvorschusses oder Widerrufs der angefochtenen Verfügung. Namentlich wurden im Bereich des öffentlichen Beschaffungsrechts zahlreiche Beschwerden zurückgezogen, nachdem in einem Zwischenentscheid ein Begehren um aufschiebende Wirkung abgewiesen wurde. Von den 183 Fällen, die mit einem Sachurteil abgeschlossen wurden, wurden 72 Beschwerden und Klagen ganz oder teilweise gutgeheissen und 111 Rechtsmittel abgewiesen.

Auch im Berichtsjahr konnte bei den meisten Fällen eine kurze Verfahrensdauer eingehalten werden. Das Verwaltungsgericht hat rund die Hälfte aller Fälle innert weniger als drei Monaten und etwa drei Viertel aller Fälle innert sechs Monaten nach Eingang der Beschwerde oder Klage erledigt. Von den 94 Fällen, die Ende 2010 noch nicht erledigt waren, gingen nur fünf vor Mai 2010 beim Gericht ein. Einer dieser Fälle ist seit längerem sistiert. Bei zwei Fällen, die im Dezember 2009 eingegangen sind, wurde eine Zwischenverfügung über die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege beim Bundesgericht angefochten. Bei zwei weiteren Fällen, die Anfang 2010 eingegangen sind, wurde eine Begutachtung bei der Eidg. Denkmalpflegekommission angeordnet. Dadurch verzögerten sich die Verfahren. Die Dauer sämtlicher im Berichtsjahr erledigter Verfahren vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Zustellung des schriftlich begründeten Urteils (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten			
	bis 3	bis 6	bis 9	über 9
Beschwerden und Klagen	143	74	54	21

Im Berichtsjahr wurden beim Bundesgericht insgesamt 61 (Vorjahr 39) Beschwerden gegen Urteile und Zwischenentscheide des Verwaltungsgerichts erhoben. Dies ist ein Anstieg von über 50 Prozent. Das Bundesgericht hat 59 hängige Beschwerden entschieden, davon 45 aus dem Berichtsjahr und 14 aus dem Vorjahr bzw. früheren Jahren. Neun Beschwerden hat das Bundesgericht gutgeheissen. Darunter waren vier Beschwerden gegen Zwischenentscheide über die Ablehnung der unentgeltlichen Prozessführung bzw. amtlichen Verteidigung (BGE 1D_2/2010 und 1D_4/2010, 6B_396/2010, 1B_314/2010). Die Urteile lassen erkennen, dass das Bundesgericht sowohl bei der Frage der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels als auch beim Überprüfen der Bedürftigkeit einen grosszügigen Massstab ansetzt. Die Kosten gehen stets zulasten des Kantons, auch wenn die unentgeltliche Prozessführung vom Bundesgericht verlangt wird. Dabei fällt mitunter auf, dass das Bundesgericht bei solchen Fällen nach einem erneuten gleichlautenden Entscheid des Verwaltungsgerichts ein Rechtsmittel dann auch selber als offensichtlich unbegründet qualifiziert, obwohl es zuvor eine Beschwerde gegen die Verweigerung der unentgeltlichen Rechtspflege gutgeheissen hat (vgl. BGE 6B_396/2010 und 6B_714/2010). Sodann hiess das Bundesgericht eine Beschwerde gegen ein Urteil über die Bewilligung einer Mobilfunkantenne teilweise gut. Die Antenne hätte auf einem Grundstück eine übermässige Strahlenbelastung zur Folge gehabt, falls dieses jemals zu Wohnzwecken genutzt worden wäre. Das Grundstück gehörte dem Kanton und war von diesem im Hinblick auf den allfälligen Bau einer Umfahrungsstrasse Rapperswil erworben worden. Das Bundesgericht hielt fest, das Verwaltungsgericht habe eine künftige Wohnnutzung des Grundstücks «nur

als unwahrscheinlich» bezeichnet, nicht als «ausgeschlossen». Deshalb hob es die Baubewilligung auf. Auf sämtliche übrigen Rügen der Beschwerdeführer trat es im Hinblick auf ein neues Gesuchsverfahren dennoch ein und verwarf diese vollumfänglich (BGE 1C_484/2009). In einem personalrechtlichen Fall entschied das Bundesgericht, das Verwaltungsgericht habe eine Gehörsverletzung durch ein Departement im Rahmen einer Kündigung eines öffentlich-rechtlichen Angestellten zu Unrecht verneint, da der Entscheid zur Kündigung bei der Anhörung des Betroffenen durch die Departementsvorsteherin bereits fest gestanden habe (BGE 8C_98/2010). Sodann erkannte das Bundesgericht auf eine Verletzung der Gemeindeautonomie, als das Verwaltungsgericht die Widmung eines privaten Durchgangs über ein landwirtschaftliches Grundstück im Naherholungsgebiet der Stadt St.Gallen als öffentlichen Weg als unverhältnismässigen Eingriff in das Eigentum qualifizierte (BGE 1C_46/2010). In einem weiteren Fall entschied das Bundesgericht, das Verwaltungsgericht habe die Begründung eines Unterstützungswohnsitzes durch eine drogenabhängige Person im Kanton Aargau zu Unrecht bejaht (BGE 8C_223/2010). Schliesslich hat das Bundesgericht die Klagen verschiedener Berufsverbände des Gesundheitswesens und Einzelklägerinnen gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichtes im Sinne der Erwägungen gutgeheissen und die Klage an das Verwaltungsgericht zurückgewiesen, damit dieses «mit noch offenem Ausgang» die Frage neu beurteile, ob die Entlohnung der Krankenschwestern DN2 und der Hebammen im Kanton St.Gallen geschlechterdiskriminierend sei. Das Bundesgericht erwog insbesondere, dass die vom Verwaltungsgericht als eventuell rechtsungleich gegenüber andern ebenfalls frauenspezifischen Berufskategorien beurteilte zu tiefe Einstufung der Krankenschwestern und Hebammen auch geschlechterdiskriminierend sein könne, selbst wenn der Vergleich nur zwischen frauenspezifischen Berufen angestellt werde (BGE 8C_78/2009). Die übrigen Berufsverbände und Einzelpersonen, die vor Verwaltungsgericht ebenfalls geklagt hatten, haben das Urteil des Verwaltungsgerichts akzeptiert und sind deshalb vom Urteil des Bundesgerichts nicht mehr betroffen. Das Verwaltungsgericht hat mit Entscheid vom 9. November 2010 die Frage der Überprüfung einer allfälligen geschlechterspezifischen Diskriminierung der verbleibenden zwei Berufsverbände an die Regierung zurückgewiesen. Es hielt fest, es habe erst dann zu entscheiden, wenn die oberste in der Sache zuständige Verwaltungsbehörde des Gemeinwesens – im vorliegenden Fall die Regierung – den Anspruch abgelehnt habe. Da die Rückweisung des Bundesgerichts ausdrücklich «mit noch offenem Ausgang» erfolgt sei, werde deshalb die Regierung im Lichte des bundesgerichtlichen Urteils zu prüfen haben, ob sie die klägerischen Ansprüche anerkennen oder erneut ganz oder teilweise abweisen wolle. Je nach Entscheid der Regierung werde es anschliessend Sache des Gerichts sein, die Klage auf Begehren der Klägerinnen allenfalls weiter zu behandeln. Die Klägerinnen haben diesen Entscheid wiederum an das Bundesgericht weitergezogen und gerügt, die Rückweisung an die Regierung sei unzulässig gewesen. Das Urteil des Bundesgerichts steht noch aus.

c) Justizverwaltung, Aufsicht über Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht

Das Verwaltungsgericht hat gemeinsam mit dem Kantonsgericht am 9. Dezember 2010 gestützt auf Art. 98 Abs. 1 lit. b GerG die Gerichtskostenverordnung (sGS 941.12) erlassen. Diese löste auf Anfang 2011 den bisherigen Gerichtskostentarif ab. Eine Überarbeitung wurde namentlich aufgrund der neuen eidgenössischen Prozessgesetze (Schweizerische Zivilprozessordnung, SR 272; Schweizerische Strafprozessordnung, SR 312.0, und Jugendstrafprozessordnung, SR 312.1) und der damit verbundenen Aufhebung der kantonalen Zivil- und Strafprozessgesetze per Ende 2010 erforderlich. Für die Verwaltungsjustiz enthält der neue Erlass indes keine wesentlichen Änderungen.

Im weiteren hat das Verwaltungsgericht am 2. Dezember 2010 gestützt auf Art. 98 Abs. 2 Ziff. 2 GerG die Verordnung über die Organisation und den Geschäftsgang des Versicherungsgerichts (sGS 941.114) sowie die Verordnung über die Organisation der Verwaltungsrekurskommission (sGS 941.113) erlassen. Der Erlass dieser Verordnungen wurde erforderlich, weil das IV. Nachtragsgesetz zum GerG die Kompetenz zum Erlass der Organisationsverordnungen von der Regierung auf das Verwaltungsgericht übertrug. Ausserdem hat das Verwaltungsgericht einen Nachtrag zum Reglement über den Geschäftsgang der Verwaltungsrekurskommission (sGS 941.223) erlassen. Die Kompetenz zum Erlass der Organisationsverordnungen ist ein weiterer Teilbereich der Selbständigkeit der Justiz, nachdem bereits seit zwei Jahren das Verwaltungsgericht Budget und Rechnung sowie Finanzplan von Verwaltungsrekurskommission, Versicherungsgericht und Verwaltungsgericht direkt den kantonsrätlichen Kommissionen unterbreitet.

Aufgrund der zunehmenden Belastung des Versicherungsgerichts beantragte das Verwaltungsgericht dem Kantonsrat eine auf zwei Jahre befristete Stellenerweiterung, und zwar durch Aufstockung des Beschäftigungsgrades der Richter um insgesamt 50 Prozent sowie durch eine zusätzliche Gerichtsschreiberstelle mit einem Pensum von 50 Prozent. Diese wurde vom Kantonsrat mit dem Budget 2011 bewilligt.

d) Zukunftsperspektiven

Der Präsident des Verwaltungsgerichts verfasste zuhanden des federführenden Sicherheits- und Justizdepartements einen Bericht über die Neugestaltung der Verwaltungsjustiz. Hintergrund dieses Berichts ist eine Motion, die von der beratenden Kommission «Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung» eingereicht wurde und die Regierung einlud, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf für eine Änderung des Gerichtsgesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege zu unterbreiten mit dem Ziel, die Strukturen der Verwaltungsjustiz umfassend zu überprüfen und den Instanzenzug auf das Bundesgerichtsgesetz abzustimmen (vgl. Amtsbericht der Gerichte 2009,

S. 62, Motion 42.10.01). Im Bericht des Verwaltungsgerichtspräsidenten wurden die rechtliche Ausgangslage und die verschiedenen Möglichkeiten einer künftigen Organisation der Verwaltungsjustiz mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen dargelegt. Namentlich wurden die Schaffung einer einzigen Verwaltungsjustizinstanz, der Anschluss des Verwaltungsgerichts an das Kantonsgericht mit gleichzeitiger Beibehaltung der erstinstanzlichen Gerichte (Versicherungsgericht und Verwaltungsrekurskommission) sowie die Beibehaltung der bisherigen Organisation erörtert. Ausserdem wurden im Lichte der zunehmend steigenden Geschäftslast ein allfälliger personeller Ausbau des Verwaltungsgerichts auf der Ebene der richterlichen Besetzung sowie grundlegende Fragen der Vereinbarkeit bzw. Unvereinbarkeit der Tätigkeit nebenamtlicher Richterinnen und Richter mit dem Gebot der richterlichen Unabhängigkeit beleuchtet.

2. Versicherungsgericht

a) Personelles

Am 1. Januar 2010 hat lic. iur. Karin Huber-Studerus die Nachfolge von Dr. iur. Franz Schlauri als vollamtliche Richterin und Abteilungspräsidentin der Abteilung II angetreten. Zu ihrer Nachfolgerin als teilamtliche Richterin hat der Kantonsrat am 22. Februar 2010 Dr. iur. Miriam Lendfers gewählt, die bis zu ihrer Wahl bereits während 3 Jahren als Gerichtsschreiberin am Versicherungsgericht tätig war. Von der konstituierenden Versammlung ist Dr. Lendfers als Vizepräsidentin der Abteilung II zugewiesen worden. Zur Überbrückung der ablösungsbedingten Vakanzen hat Dr. iur. Franz Schlauri im Jahr 2010 noch während 3 Monaten als a.o. Ersatzrichter weiter gewirkt.

b) Geschäftslast

Die Neueingänge (870) sind gegenüber dem Vorjahr (856) wieder leicht angestiegen. Zusammen mit den Pendenzen am Jahresanfang (773) ist die Gesamtbelastung (1643) erneut um 3% (+ 47 Fälle) angestiegen. Die höheren Neueingänge betreffen insbesondere die Bereiche AHV, Kinderzulagen und Berufliche Vorsorge, wo je 11 bzw. 10 Fälle mehr als im Vorjahr eingegangen sind, was zusammen etwa einer Verdoppelung der letztjährigen Zahl entspricht. Fortgesetzt hat sich der Rückgang bei der Unfallversicherung (-20.5%). Mit 97 liegen die Neueingänge dabei erstmals seit 2006 wieder unter der Grenze von 100 Fällen. Zusammen machten aber die beiden arbeitsintensivsten Rechtsgebiete IV und UV auch im Jahr 2010 über 70% (72.3%) der Gesamtbelastung des Gerichts aus. Die Zahl der Erledigungen (837) konnte trotz der personellen Wechsel und damit verbundenen Vakanzen im ersten Quartal ebenfalls leicht gesteigert werden (+ 1.7%). Die Pendenzen am Jahresende (806) entsprechen 96.3% der

über das Jahr hinweg erledigten Fälle. Um einen Anstieg auf über 100% der aktuellen Jahreserledigung möglichst zu vermeiden, sind zusammen mit dem Verwaltungsgericht Lösungsmöglichkeiten für 2011 in personeller und organisatorischer Hinsicht getroffen worden (Erhöhung des Aushilfskredits für je eine halbe Richter/-innen- und Gerichtsschreiber/-innen-Stelle, interne Anpassung der Zuständigkeit). Von den 806 am Jahresende pendenten Fällen, waren 485 spruchreif, d.h. bereit für Referaterstellung oder zum Referat zugeteilt, 238 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium und 28 Fälle waren sistiert. Die Verfahrensdauer ab Einschreibung betrug in 68% (Vorjahr: 62%) der erledigten Fälle ein Jahr oder weniger. 51% (Vorjahr: 48%) aller erledigten Fälle wurden innerhalb von 9 Monaten, 35% (Vorjahr: 34%) innerhalb von 6 Monaten ab Einschreibung erledigt. Bei knapp 20% der Fälle betrug die Verfahrensdauer mehr als 18 Monate.

Im Berichtsjahr wurden 95 Entscheide (11.4%) an das Bundesgericht weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 105 Beschwerden gegen Entscheide des Gerichts aus den Jahren 2008 bis 2010 beurteilt. Davon wurden 50 abgewiesen (47.6%; Vorjahr 47%), 12 teilweise (11.4%; Vorjahr 13%) und 25 vollumfänglich (23.8%; Vorjahr 29%) gutgeheissen. 16 Beschwerden (15.2%; Vorjahr 7%) wurden durch Nichteintreten erledigt, 2 (1.9%; Vorjahr 4%) wurden zufolge Rückzugs abgeschrieben.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss:

Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vor-Perioden	Eingänge	Pendenzen insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	andere Erledigungen *	Erledigungen	Pendenzen
AHV	16	32	48	12	9	0	21	27
Erwerbsersatzordnung	1	1	2	2	0	0	2	0
Kinderzulagen	3	15	18	7	2	0	9	9
Alimentenbevorschussung	4	2	6	3	1	0	4	2
Mutterschaftsbeiträge	0	2	2	1	0	0	1	1
Opferhilfe	5	1	6	4	2	0	6	0
Arbeitslosenversicherung	71	121	192	61	56	0	117	75
Mutterschaftsversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0
Familienzulagen nach FamZG	1	3	4	1	2	0	3	1
Invalidenversicherung (1/3)	178	163	341	87	67	0	154	187
Total Abteilung I	279	340	619	178	139	0	317	302
Invalidenversicherung (2/3)	314	324	638	152	122	0	274	364
Hilfsmittel AHV	2	5	7	3	2	0	5	2
Ergänzungsleistungen	33	54	87	42	14	0	56	31
a.o. Ergänzungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Total Abteilung II	349	383	732	197	138	0	335	397
Krankenversicherung (Bund)	14	22	36	13	13	0	26	10
Krankenversicherung (Kanton)	4	3	7	4	0	0	4	3
Unfallversicherung	112	97	209	105	28	1	134	75
Militärversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0
Berufliche Vorsorge	14	23	37	9	10	0	19	18
Total Abteilung III	144	145	289	131	51	1	183	106
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung) . .	1	2	3	0	2	0	2	1
Total	773	870	1643	506	330	1	837	806

* Verfahrensvereinigung u.ä.

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenanspruch	Vorsorgeausgleich	andere Erledigung
AHV	21	2	2	3	9	5	0	0	0
Erwerbsersatzordnung	2	0	0	1	1	0	0	0	0
Kinderzulagen	9	0	1	2	5	1	0	0	0
Alimentenbevorschussung	4	0	0	3	0	1	0	0	0
Mutterschaftsbeiträge	1	0	0	0	1	0	0	0	0
Opferhilfe	6	2	0	2	2	0	0	0	0
Arbeitslosenversicherung	117	3	35	18	48	11	2	0	0
Mutterschaftsversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Familienzulagen nach FamZG	3	0	0	0	1	2	0	0	0
Invalidenversicherung (1/3)	154	1	18	46	38	48	3	0	0
Total Abteilung I	317	8	56	75	105	68	5	0	0
Invalidenversicherung (2/3)	274	4	25	75	57	105	8	0	0
Hilfsmittel AHV	5	0	1	1	2	1	0	0	0
Ergänzungsleistungen	56	1	14	12	21	7	1	0	0
a.o. Ergänzungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Total Abteilung II	335	5	40	88	80	113	9	0	0
Krankenversicherung (Bund)	26	1	4	2	7	12	0	0	0
Krankenversicherung (Kanton)	4	0	2	0	2	0	0	0	0
Unfallversicherung	134	4	12	21	77	15	4	0	1
Militärversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Berufliche Vorsorge	19	0	4	0	5	2	1	7	0
Total Abteilung III	183	5	22	23	91	29	5	7	1
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung)	2	0	0	0	0	2	0	0	0
Total	837	18	118	186	276	212	19	7	1

3. Verwaltungsrekurskommission

a) Personelles

An die Stelle der als Fachrichterin der Abteilung V zurückgetretenen Dr.med. Mina Greutert, Spezialärztin FMH für Psychiatrie und Psychotherapie, wählte der Kantonsrat Dr.med. Monika Räth, Spezialärztin FMH für Psychiatrie und Psychotherapie.

b) Geschäftslast

Zu den Ende 2009 in den Abteilungen I bis VI pendenten 247 (Vorjahr: 232) Fällen sind im Berichtsjahr 881 (876) Neueingänge hinzugekommen. Davon betrafen 359 (323) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 142 (167) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 162 (184) die fürsorgliche Freiheitsentziehung sowie vormundschaftliche Massnahmen und 168 (166) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (vor allem Haftüberprüfungen). Die restlichen 50 (36) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen, in die Zuständigkeit der Verwaltungsrekurskommission fallenden Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission hat im Berichtsjahr 128 (128) fachrichterliche Einvernahmen, 214 (201) Parteiverhandlungen sowie 16 (8) Einigungsverhandlungen und Augenscheine durchgeführt. In 9 (2) Fällen konnte zwischen den Beteiligten ein Vergleich herbeigeführt werden. An 96 (102) Sitzungen wurden 213 (231) Rekurse und Beschwerden sowie 47 (65) öffentlich-rechtliche Klagen durch Entscheid erledigt. 6 (9) Gerichtsentscheide ergingen auf dem Zirkulationsweg. 295 (277) Rekurse und Beschwerden und 125 (112) Klagen sowie 169 (167) Gesuche und Beschwerden im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht konnten durch Präsidialverfügung oder Einzelrichterentscheid erledigt werden. Ausserdem wurden 61 (46) Begehren um unentgeltliche Prozessführung, Fristenwiederherstellung und aufschiebende Wirkung behandelt.

Insgesamt konnten 855 (861) Fälle erledigt werden. Damit erhöhte sich die Zahl der pendenten Fälle per Ende 2011 gegenüber Ende 2010 um 26 auf 273 (247). Von den 273 Pendenzen wurden 262 im Jahr 2010 und 11 im Jahr 2009 eingeschrieben. 29 (11) Streitsachen sind sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Verwaltungsrekurskommission – Übersicht über die im Jahre 2010 behandelten Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche

	Am 1. Jan. 2010 übernommen	Neu- einträge 2010	Total	Erledigung durch			am 31. Dez. 2010 noch anhängig	Weiterzüge
				Gericht	Präsident			
Abteilung I								
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)								
1. Kammer	134	245	379	129	117	133	19	
2. Kammer	31	114	145	22	64	59	8	
Abteilung II								
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)								
1. Kammer	6	13	19	5	2	12		
2. Kammer	6	25	31		21	10		
3. Kammer	5	7	12	3	3	6		
Abteilung III								
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)								
	0	5	5	2	1	2		
Abteilung IV								
(Verkehr)								
	49	421	191	58	87	46	20	
Abteilung V								
(fürsorgliche Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)								
	15	162	177	47	125	5	5	
Abteilung VI								
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)								
	1	168	169		169		5	
Total	247	881	1128	266	589	273	57	

c) Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

	Insgesamt	Abschreibung	Nichttreten	Abweisung	Gutheissung		Rückweisung
					Gutheissung ganz	Gutheissung teilweise	
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	246	118	2	82	20	19	5
2. Kammer	86	63	3	10	8		2
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	7	3		3			1
2. Kammer	21	20	1				
3. Kammer	6	3		3			
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	3	1				1	1
Abteilung IV							
(Verkehr)	145	80	4	45	8	4	4
Abteilung V							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)							
	172	125		24	21		2
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	169	3	1	157	2	6	
Total	855	416	11	324	59	30	15

Die Dauer der Verfahren der 855 erledigten Streitsachen vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheides, abzüglich der Dauer von Sistierungen, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten					
	bis 1	bis 3	bis 6	über 9	bis 12	über 12
Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche	400	144	108	48	99	56

57 Entscheide der Verwaltungsrekurskommission wurden im Jahr 2010 bei den Rechtsmittelinstanzen (Verwaltungsgericht und Bundesgericht) angefochten. Im Berichtsjahr hat das Verwaltungsgericht 61 Beschwerden entschieden. 47 Beschwerden wurden abgewiesen bzw. durch Abschreibung oder Nichteintretensentscheid erledigt, während 10 Beschwerden ganz und 4 Beschwerden teilweise gutgeheissen wurden. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 3 Rechtsmittel beurteilt und durch Abweisungs- oder Nichteintretensentscheide erledigt.

St.Gallen, 21. Februar 2011

Im Namen des Verwaltungsgerichtes
Der Präsident:
Prof. Dr. Ulrich Cavelti

